

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

272 (22.11.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugpreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 A Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abloren 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M. ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatl. Einzelrempf. 25 A

Ausgabe: Mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 129; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 10spaltige Kolonelle 1.— 4. Die Restamezeitung 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Millionenschiebungen nach dem Auslande

Die Hohenzollern als Oberschieber

Nach dem, was bis jetzt festgestellt ist und bekannt wird, scheint sich die Millionenschieber-Affäre des Bankhauses Gruner & Co. in Berlin zu einem Skandal erster Ordnung auszuwickeln. Steht doch bis jetzt fest, daß nicht nur Seine Majestät Prinz Friedrich Leopold große Vermögensschiebungen nach dem Auslande machte, sondern auch andere allerhöchste Herrschaften u. a. Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz samt hochbornem Gemahlin eifrig Schiebergeschäfte betrieben und damit den Staat und das deutsche Volk schädigten. Sowohl die frühere Kronprinzessin, wie auch der Adjutant des Kronprinzen sollen bei dem Schieberbankhaus aus- und eingegangen sein. Dem „Vorwärts“ wird von einer dritten Seite und zwar einer anderen als der, die den Abg. Hermann Müller informiert hat, folgendes mitgeteilt:

Das „A. Z.“ erklärt, daß das Bankhaus Gruner in Berliner Bankkreisen unbekannt sei. Es bezweifelt aber sehr, ob die Kammerer und Reichsbank-Gary u. Co., G. Schleginger, Trier u. Co. und andere Berliner Banken behaupten können, daß die Anstalt der Bankfirma Gruner Philippson u. Co. unbekannt sei. Um diese handelt es sich.

Was die Vermögensschiebungen selber anbelangt, so datieren sie bereits seit Januar 1919. Es ist nur verwunderlich, daß sie so lange der Behörde verborgen bleiben konnten. Sie begannen mit der Herausgabe des Kronprinzlichen Vermögens. Besuche der Kronprinzessin im Hotel Caplane, wo Herr Gruner das ganze Jahr hindurch mehrere Räume bewohnte, und umgeben der Familie Gruner bei der Kronprinzessin waren seine Stelzen. Später kamen andere Fürstlichkeiten, obige und nicht obige Reiche heran. Hauptgeschäftsbetriebe lieferte der inzwischen verstorbenen Dr. v. Tsch. der Hingelohntant des Kronprinzen, ein Herr v. Müller. Herr Gruner reiste stets im Auto zwischen Berlin und Amsterdam. Die hohen Kosten dieser Reise wurde Herr Gruner vor lauten zum lipischen Geh. Kommerzienrat ernannt, trotz der Abhaltung des Adels und der Titel.

Die „S. S. am Mittag“ behauptet, daß nach ihren Informationen die Mitteilungen der Müllerischen Interpellation richtig sind bis auf den Namensträger. Genosse Hermann Müller habe kein Material trotz strengster Geheimhaltung durch das Reichsfinanzministerium erlangt.

Nach der „S. S.“ ist es Gruner gelungen, nach rechtsseitig die deutsche Grenze hinter sich zu bringen, obwohl ihm ein Kriminalbeamter auf den Fersen war. Ein Verstoß ist aber nur gegen ihn, dagegen noch gegen keinen einzigen der Vermögenshaber erlassen worden. Gaben wir es hier wieder einmal mit einem Verlegen der Justiz zu tun, wie Genosse Seimann es in der letzten Sitzung der Preussischen Landesversammlung charakterisiert hat?

Wie bisher, läßt die Reichspressen auch weiterhin keine Zweifel darüber aufkommen, daß die Aufdeckung der Kapitalverflechtungen begnadeter Herrschaften in ihren Reihen sehr peinlich

empfunden wird. Man will darüber mit geistlosen Worten hinwegwischen, indem die Enthüllungen als „Sensation und Stimmungsmache“ und dergleichen bezeichnet werden. Wie diese Sensation in Wirklichkeit aussieht, zeigt der „Vorwärts“ in seiner Freitagabendausgabe, wo über die Beziehungen des Schieberbankhauses zur Kronprinzlichen Familie folgende Epitaphie wiedergegeben wird:

Eines Tages ignorierte die Kronprinzessin Cecilie der Tochter Gruners ein von ihr selbst gemaltes Bild. Als die Tochter sich lebhaft darüber freute, sagte ihr Vater:

„Lotte, du brauchst dich gar nicht sehr zu freuen, wir haben der Kronprinzlichen Familie sechzig Millionen Mark gerettet und konnte sich die Kronprinzessin dabei ruhig etwas erlauben.“

Neber die Art und Weise, mit der Gruner die Schieberungen durchführte, wird dem „Vorwärts“ gemeldet, Gruner ließ sich die Gelder seiner Klienten verbriefen und übertrug sie auf seinen Namen auf Auslandskonten. Anwesen, Effekten usw. verbriefte er in seinem Namen. In diesen Zwecken hatte er sich zwei Kuruzentausend angeschafft, mit denen er häufig nach Amsterdam und zurück fuhr. Die mit Bankbesichtigungen und mit Effekten, Anwesen usw. vollgepackten Koffer nahm er gleich im Auto mit. Ausländische Reisepapiere und Effekten sind in Deutschland heimlich beizulegen, der Handel mit ihnen verboten und daher werden diese Papiere in Deutschland meist mit 50 bis 100 Punkte niedriger als im Ausland. Gruner kaufte nun in der Nähe der Weise solche beizulegende Boniere auf und vertrieb sie gleichfalls ins Ausland, wodurch er namhafte Gewinne erzielte. Genoss expedierte er beratende Effekten für seine Klienten. Wegen einer Sabotageaktion wurde bereits ein Verfahren gegen Gruner. Was Gruner alles über die Grenze schleppte, ist furchtbar. „Vorwärts“ ist an Wert kaum zu schätzen. Sicher ist, daß es sich um Hunderte von Millionen handelt, wenn nicht sogar die Milliarde übersteigt wird.

Wie bekannt, hat sich letzter Tage der Reichstag mit einem Gesetzentwurf befaßt, der für Auswanderer und Auswandererinnen die Ausreise erleichtert. Die Beratung des fürstlichen Kapitalverflechtung sollte die erste Probe auf das neue Justizwesen sein. Deshalb ist dringend zu wünschen, daß der Gesetzentwurf vom Reichstag baldmöglichst zum Gesetz gemacht wird.

Wie der Berliner „Volkswacht“ erzählt, hat der Reichsminister des Innern den Verfall gefordert, alle lästigen fremdflüchtigen Auswanderer in Internierungslagern unterzubringen, um sie später bei passender Gelegenheit aus dem Reich abzuschieben. Genosse Seimann glaubt, daß sich diese Ansicht gegen das fremdflüchtige Schieberwesen richtet. Wenn das neue Gesetz über die Verschärfung der Strafen für Auswanderer und Schieber energisch angewandt wird, sind die besonderen Maßnahmen gegen fremdflüchtigen Auswanderer wohl überflüssig. Sie bringen im Gegenteil die Gefahr in sich, daß sie eine wütende Auswanderer- und Judenhetze entfachen, wodurch die Unruhmöglichkeit von den „Araben“ deutschen Schiebern abgelöst wird.

Zum Orgesch-Attentat auf die badische Republik

Die sehr knappe einer Ergänzung dringend heischende Mitteilung des bad. Staatsministeriums über den Versuch des Generalleutnants von Batter in einer vertraulichen Versammlung zu Karlsruhe — das Volksh-Büro sucht sie neuerdings merkwürdigerweise als sehr harmlos zu kommentieren —, die Organisation der Orgesch in unier badisches Land zu verschleppen, gibt Anlaß, die Bevölkerung vor diesen gegenrevolutionären Umtrieben zu warnen, da sie angetan sind, Land und Volk Baden in neues schlimmes Unheil zu stürzen. Nicht genug damit, daß die Blutpolitik preussischer Generale Millionen das Leben kostete, daß sie das blühende Deutsche Reich aus Eroberungsgier ins Unglück stürzte und uns wirtschaftlich in grenzenlose jahrelange Armut brachte, wollen diese Gewalttaten in Verbindung mit bayerischen Monarchisten, die bereit sind, für die wittelsbachische Herrschaft das Reich an die französischen Chauvinisten zu verkaufen, bereits wieder die schwachen Ansätze zum Neuaufbau von Reich, Land und Volk im Keime erstickten. Langsam, jedoch stetig, hebt sich, wie selbst das Ausland anerkennen muß, Deutschlands Wirtschaftstrait; ganz allmählich kehrt auch wieder der gesunde Sinn unseres Volkes für die Wirklichkeiten des Lebens — den die Kriegsverherrlichung erstörte — zurück. Ruhe und Sicherheit, die Grundlagen eines gesunden Volkes, so schwer wir auch an den Kriegsfolgen zu tragen haben, in steigendem Maße wieder bei uns ein. Insbesondere in Baden macht sich unter einer gut republikanischen Regierung — wofür sie in den Blättern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei Tag für Tag bezeugt und bezeugt wird — ein zunehmender Prozeß wahrhafter Erneuerung bemerkbar. Bei unverrückbarer Treue zum Reich, die für ganz Deutschland Vorbildhaft sein muß, und eifrigem Bemühen, die Wunden des Krieges wirtschaftlich, politisch und kulturell zu heilen, leben wir angelehnt der allgemeinen schwanenden Zeitverhältnisse in Baden unter der Leitung eines sozialdemokratischen Ministers des Innern in einem Maße von Sicherheit, um die wir von anderen Ländern beneidet werden.

Der badischen Regierung ist es gelungen, ohne Einwohnervorteil und (auf Ententegeheiß) fast von Militär entblößt, einzig und allein gestützt auf Polizei und Sicherheitspolizei, der Bevölkerung die zur Arbeit notwendige Sicherheit zu schaffen. Wie es für einen Staat selbstverständlich ist, hat die badische Regierung den Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit als oberstes Staatswohlstand für sich reklamiert. Jede Überantwortung des Sicherheitsdienstes des Staates an private Institutionen wäre eine Veräußerung der obersten Staatspflicht an Privatpersonen, wäre eine Verleugung der Regierung, wie in diesem Sinne auch die bayerische Regierung des Herrn v. Kahr ihren Bankrott erklärt, indem sie die staatlichen Sicherheitsorgane als unzureichend zum Schutze ihrer Bürger findet und sich in die Abhängigkeit von privaten Schutzorganisationen begibt.

Dem es ist ein unerhörter Zustand in einem geordneten Staatswesen, daß im Staate eine bewaffnete militärische Organisation existiert, die, nicht dem Staate, sondern einer Privatperson wie im Falle der Dr. Orgesch, dem Herrn Eicherich-München zu unüberbrücklichem Gehoriam verpflichtet ist. Hierdurch degradiert sich der Staat zum Objekt eines seiner Staatsbürger, dem er zu Willen sein muß, wenn er nicht seine Existenz gefährden will. Nun ist Bayern mit seiner reaktionären Regierung gerne der Orgesch und ihren monarchischen Hintermännern zu Willen — andere Länder haben jedoch keine Ursache, ihren Staat zur Dirne volksfeindlicher Militärs zu prostituieren zu lassen. Darum laufen aber die eingangs erwähnten Versuche des Herrn Orgesch von seiner Tätigkeit im Ruhrgebiet berückichtigten preussischen Generals von Batter hinaus. Er und seine karlsruher Komplizen wollen nicht dulden, daß im republikanischen Baden das bayerische Beispiel so gar keinen Anklang findet, daß Baden nicht gewillt ist, der Entente, gleich Bayern, Grund zu fortwährenden Drangsalierungen zu geben. Darum der alljährliche mühselige Ansturm auf Baden, darum die Heimsüchtigkeiten der versaffungsfeindlichen, hochverräterischen Orgeschleute.

Wir erwarten deshalb in Baden von unserer Regierung, daß sie mit dem Strafbuch in der Linken und allen Nachmitteln des Staates — der Rechts voll unbegrenzter Energie allen Versuch der Reaktion entgegentritt, in unserem Lande private bewaffnete Organisationen zu schaffen, die — unbekümmert um den hierdurch eintretenden Bürgerkrieg — nur darauf warten, den Aufstieg unseres Volkes im Blute zu erstickten, nachdem die gleichen Männer der Reaktion im Krieg unser Volk an Tausenden auf die Schlachtbänke lieferten.

Die Völkerverbundversammlung in Genf

Abrüstung und Rohstoffverteilung

Genf 20. Nov. Die Völkerverbundversammlung setzte heute vormittag die Aussprache über den Bericht des Generalsekretariats fort. Der belgische Delegierte La Fontaine entwickelte seine Stellungnahme zum Völkerverbund. Neben dem Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues sei es besonders die Frage der Abrüstung, die für die Welt geradezu eine Lebensfrage bedeute, angesichts der Tatsache, daß der Militarismus heute mehr verheerend, als vormals. Es seien nicht nur die Pazifisten, die diese Abrüstung verlangen, sondern Männer des wirtschaftlichen Lebens sind es, die auf Herabsetzung der militärischen Ausgaben drängen. Es müsse eine internationale Armee des Völkerverbundes anstelle des nationalen Militarismus treten, die nicht nur ein Institut der Rechtspflege, sondern des Rechts sein müsse. Es wäre so leicht, diese internationale Armee heute zur Rettung Armeniens zu bilden und der Völkerverbund dürfte eine gewaltige, moralische Kraft gewinnen, wenn er sich zu einer solchen Aktion entschließen würde.

La Fontaine sagte u. a. wörtlich: Man muß den Völkern offen sagen, daß die Stunde der Abrüstung noch nicht gekommen ist. Die Verfall der Verfall der Welt haben dies durchaus begriffen, da in dem betreffenden Artikel nur von der „Herabsetzung der Rüstungen“, die ein Maximum erreichen sollen, die Rede ist.

Im weiteren Verlaufe der Aussprache über den Bericht des Generalsekretariats bezieht sich der kanadische Delegierte Howell als Hauptaufgabe des Völkerverbundes die Verhinderung künftiger Kriege. In der Rohstoffverteilung nicht Kanada auf dem Standpunkt, daß es sich hier um eine interne Angelegenheit handelt, die nicht der Völkerverbund, sondern jede einzelne Nation selbst zu entscheiden hat. Jedoch des Ozeans seien über die europäischen Probleme vielfach abweichende Auffassungen vorhanden. Aber man sei sich durchaus klar über die Schwierigkeiten, die sich der Lösung entgegenstellten. Der Völkerverbund müsse die während des Krieges den Völkern gegebenen Versprechen einlösen, wenn er das Vertrauen dieser Völker erhalten wolle.

Als letzter Redner sprach Tittoni. Er stimme mit dem Bundespräsidenten Nolte darüber ein, daß bei der Ausfüllung der Friedensverträge, soweit sie dem Völkerverbund anvertraut seien, die größte Unparteilichkeit und Gerechtigkeit zur Geltung kommen müsse. Sämtliche Verträge müssen unbedingt veröffentlicht werden, weil gerade dadurch dem Ziel des Völkerverbundes, künftige Kriege zu vermeiden, am besten gebient werde.

Die Auflassung des kanadischen Delegierten in der Frage der Rohstoffverteilung

Die Auflassung des kanadischen Delegierten in der Frage der Rohstoffverteilung wurde erörtert. Wenn die Vertreter aller Länder so sprechen würden, wäre eine gemeinsame Arbeit völlig unmöglich. Neben ernste starken Vorfälle, als er betonte, im Völkerverbund müßten vor allen Dingen die nationalen, sondern die internationalen Interessen zur Geltung kommen. Die Verteilung der Rohstoffe sei für viele Länder geradezu eine Lebensfrage. Die Welt dürfe sich nicht dem fürchterlichen militärischen Kampf stellen, der den Wiederaufbau der Wirtschaft unmöglich machen würde. Gerade diejenigen Staaten, die nach dem Kriege ebenso reich oder noch reicher seien als früher, müßten den weniger begünstigten Staaten ihre Hilfe anbieten. — Damit war die Aussprache über den Bericht des Sekretariats beendet. — Nächste Sitzung Montag vormittag 10 1/2 Uhr.

Beislagnahme der letzten deutschen Luftschiffe

Berlin, 20. Nov. Der Vorsitzende des Internationalen Luftüberwachungs-ausschusses in Berlin hat dem Auswärtigen Amt einen Beschluß der Beislagkonferenz zugesandt, in dem folgende Forderungen aufgestellt werden:

1. Daß die vorhandenen deutschen Luftschiffe „Rohden“ und „Nordhorn“ durch den Internationalen Luftüberwachungs-ausschuss als Ersatz für zwei zerstörte deutsche Luftschiffe beislaggenommen werden.
2. Daß die deutsche Regierung gehalten ist, den alliierten Mächten den Wert der übrigen zerstörten Luftschiffe, sei es in Geld, sei es durch Neubauten zu ersetzen.

In Ausführung dieser Entscheidung ersucht General Stemann, Vorbereitungen für die Ueberführung der beiden Luftschiffe an die anspruchsberechtigten Bestimmungsorte zu treffen und ihn Skizzen der Typen der zerstörten Luftschiffe sobald als möglich einzureichen.

Deutscherseits wird der Standpunkt vertreten, daß wegen Verschärfung der Luftschiffe keinerlei Forderungen von der Entente mehr erhoben werden können, weil alle Ansprüche der Alliierten wegen der während des Waffenstillstandes vorgekommenen Verstöße durch das Seaplane-Protokoll abgelehnt sind.

Franzosenwahlrecht in Italien

BRN. Rom, 20. Nov. Die Kammer hat gestern mit 240 gegen 10 Stimmen einen Zusatzantrag zum Gemeindevahlgesetz angenommen, wonach den Franzosen das gleiche Wahlrecht zuerkannt wird wie den Männern. Ein Antrag zugunsten der Wahlpflicht wurde mit 144 gegen 74 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag zugunsten des Wahlrechts der Unteroffiziere und Soldaten.

Wir haben zur badischen Regierung das Vertrauen, daß sie auf dem Damme ist. Besiegt die Aktivität der sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts kann uns, wie die Vergangenheit und der jetzige Vorgang beweist, dies verbürgen: ein Umstand, der auch in anderen Ländern und im Reich Verherrlichung verdient. Neben der Regierung ist es jedoch Sache der Träger dieser Volksregierung, nämlich des badischen Volkes, die Augen offen zu halten, damit nicht ein überraschender Stoß der völlig verantwortungslosen staatsfeindlichen Reaktion das langsam entstehende Gebäude des Wiederaufbaues umwirft und Bürgerkrieg, Hungersnot und feindliche Besetzungen an Stelle friedlicher Fortentwicklung tritt.

Inbesondere aber ist es Sache der Arbeiterschaft, zu verhindern, daß nicht ihre schlimmsten Feinde die Republik vertreten und ein vom Militarismus gestütztes absolutistisches Unternehmertum sie unter Besetzung der revolutionären Errungenschaften völlig ins Sklavensoch spannen kann.

Die Feinde der Republik sind an der Arbeit. Sie suchen den Verfall und seine Länder von allen Seiten zu unterminieren, um zur gegebenen Stunde loszuschlagen zu können. Deshalb, Arbeiter und Republikaner: Steht Bereitschaft und Augen offen!

Die Pläne der Orgesch

Unter dem Titel „Seine Bajuvarisierung“ bezieht sich die Mannheimer „Volkstimme“ mit den Plänen der Orgesch, auch uns in Baden mit dieser schönen Einrichtung zu beglücken, wobei sie folgende Mittelungen macht:

„Schon vor Kurzem hatte in Heidelberg eine geheime Beratung von Orgesch-Leuten stattgefunden, die den herrlichen Plan beschloßen, im Falle eines Putschs von rechts zunächst sofort die Gewerkschaftsführer zu verhaften, um damit zu verhindern, daß ein Generalfreik in Szene gesetzt werde. Ein wahrhaft kindischer Gedanke; denn sobald man die Gewerkschaften verhaften würde, so würde man sich selbst die Hände an die Kehle legen. Bei dieser sporadischen Besprechung in Heidelberg aber blieb es nicht; im Gegenteil, am vergangenen Donnerstag, 18. November, fand in Karlsruhe eine offizielle Zusammenkunft für die Orgesch eingenommener und für sie werbender Persönlichkeiten statt, deren Zweck es war, die Bildung einer entsprechenden Organisation vorzubereiten. In dieser Besprechung nahmen u. a. auch der aus dem Ruhrgebiet im März hinzuredende General Watter mit einigen seiner Getreuen, darunter dem Leutnant Kruh, teil. Einberufen dieser Versammlung war ein Direktor Wagener. In der Besprechung wurde als Grund für die Notwendigkeit der Orgesch das angebliche aber schon hundertfach als unwahr festgestellte Befehlen einer „roten Armee“ angegeben und da die Regierung nichts dagegen tue, so müsse man eben zur „Selbsthilfe“ greifen. Baden sollte in drei Kreise eingeteilt werden; an Geld wurden 5 Millionen Mark als nötig erklärt; Waffen könnten genügend zur Verfügung kommen. Auch sind bereits Listen aufgestellt aller jener Personen, die im entscheidenden Moment verhaftet werden sollen: führende Sozialisten, Gewerkschaftsbeamte, frühere Arbeiter- und Soldatenräte.“

„In der Mannheimer Parteiblatz fährt dann fort: „Soweit die Pläne der Herren. Die badische Regierung, die von den Dingen erfuhr, hat sofort geneigt: die Hauptmader, General Watter und seine Getreuen, waren leider schon „ausgeschlossen“; den Einberufen der Versammlung, den Direktor Wagener, gelang es jedoch noch rechtzeitig, die Pläne zu durchkreuzen. Auch trifft die Regierung alle Maßnahmen, die nach der Lage erforderlich sind, um die reaktionären Absichten zu durchkreuzen und unmöglich zu machen. Mit Recht erklärt die Regierung in der Orgesch eine unzulässige, nach außen wie nach innen schädliche und gefährliche Organisation, und sie darf versichert sein, daß sie in dem Bemühen, diese Dinge auf Baden nicht übergreifen zu lassen, seitens der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vollste Unterstützung finden wird.“

Diese Unterführung darf sich weder in überreifen Gedanken noch in Kavalitäten äußern, weder eine wahrhafte Wut noch hysterische Nervosität dürfen platzgreifen. Die Arbeiterschaft wird Ruhe und kaltes Blut bewahren und darauf bestehen, in dem vollen Bewußtsein ihrer Machtmittel und ihrer Kampfbereitschaft, zugleich aber auch in dem Vertrauen, daß für den Fall, daß ihr aktives Eingreifen erforderlich werden sollte, die Regierung sowohl wie die Leitung der Sozialdemokratie

fraktion Partei rechtzeitig ihren Ruf an sie werden ergehen lassen.

Die Reaktion aber mag und soll wissen: die Arbeiterschaft ist sich bewußt, worum es geht und sollte irgend jemand sich mit dem Gedanken tragen, Baden zu bajuvarisieren oder gar einen Versuch nach dieser Richtung wagen, so wird er sich gegenüber die gesamte Arbeiterschaft finden: kampfbereit, mit ruhiger Entschlossenheit, eisernen Willens und von jäherer Entschlossenheit erfüllt!“

Die „Neue Badische Landeszeitung“ in Mannheim

wendet sich ebenfalls in scharfer Weise gegen die Versuche nach Baden die reaktionäre Orgesch-Organisation zu verpflanzen und weist darauf hin, daß in Baden rein sachlich gesprochen, nicht die geringste Veranlassung besteht zu einer solchen Selbstschutzorganisation nach dem Orgesch-Muster, und es erhebt sich der Verdacht, daß es sich dabei nicht nur um Selbstschutz, sondern auch und vor allem um politisch-reaktionäre Bestrebungen handelt. Schon formell aber ist eine solche Organisation ungesetzlich, sie verstößt gegen die allgemeinen Sicherheits-Verordnungen des Reichspräsidenten und gegen das Entlassungsgesetz. Die Organisation des Herrn Watter könnte Baden und das ganze Reich also auch in einen bösen Konflikt mit der Entente führen. Schon hieraus ist die Unverantwortlichkeit des Vorgehens des Herrn Watter und seiner Helfer ohne weiteres ersichtlich. Schon vorbereitende Handlungen dieser Art kennzeichnen sich als ein Verbrechen gegen das Gesetz. Höfentlich genügt diese Warnung, um alle diejenigen, welche eine solche Organisation bezögen, Herrn Watter zu unterrichten, von ihren unüberlegten und gefährlichen Absichten abzurufen. Sie würden sonst auch in den Reihen des Volkes auf einen so unüberwindlichen Widerstand stoßen, daß die Sache für sie die allerhöchsten Folgen haben würde.“

Eine WTB-Darstellung

Das Wolff-Telegraphenbureau versendet in merkwürdiger Form eine fängende Aufmachung folgende Darstellung der Karlsruhe Geheimversammlung von Militaristen und reaktionärem Unternehmertum:

Karlsruhe, 20. Nov. Vorgef. mittag hatten sich hier etwa 30 Personen versammelt, unter ihnen General Watter, um einen Vortrag über die Kampfe gegen die Kommunisten im Ruhrgebiet und über die Notwendigkeit von Selbstschutzorganisationen entgegenzunehmen. Um festzustellen, ob es sich um einen Vortrag gegen die Verordnung vom 30. Mai 1919 und gegen das Entwaffnungsgesetz handelt, veranlaßte das Ministerium des Innern seinen frühesten die Teilnahme des Direktors Wagener, Hauptmann a. D., der die Versammlung einberufen hatte. Nach Verhör einiger Jungen durch die Staatsanwaltschaft wurde Wagener abends wieder auf freien Fuß gesetzt. (Herr Wagener, um den es sich hier anscheinend handelt, ist zurzeit kaufmännischer Direktor der Wäldschmiederei Karlsruhe borm. Heid u. Neu. D. Red.)

Neukommunistische Berichterstattung

Das von Moskau ausgehende Gebot, nach Selbstbestrafung zu lägen, wird von der neukommunistischen Presse bereits stramm befolgt. So bringt es die „Vergessene Volkstimme“, die von dort unabhängig von der Neukommunisten gegangen ist, fertig, über die sächsischen Landtagswahlen unter folgenden fettgedruckten Heberfürsätzen zu berichten:

„Die Landtagswahlen in Sachsen. Statt Absage an die Sozialistische Partei und an die ihr ähnlichen Demokraten. Die sozialistische Mehrheit durch den revolutionären Teil der Arbeiterschaft erhalten.“

„In dem Artikel heißt es dann noch ausdrücklich: „Das Wahlergebnis ist ein vernichtendes Urteil der jammervollen Politik der Scheidemann-Rose-Partei. Dem revolutionären Teil des sächsischen Proletariats ist es zu danken, daß Sachsen auch nach diesen Wahlen eine sozialistische Mehrheit behalten hat.“

In Wirklichkeit liegt die Geschichte bekanntlich so, daß die Sozialdemokratie von ihren bei der Reichstagswahl am 6. Juni erhaltenen 580 000 Stimmen 578 000 gewahrt hat, während die Rechts- und Linksunabhängigen von ihren 600 000 Stimmen am 6. Juni glatt die Hälfte verlieren haben und nur 300 000 retten konnten, wovon kaum ein Viertel auf die Neukommunisten fällt. Sehr spachhaft ist es auch, daß das neukommunistische Blatt so großen Wert auf die sozialistische Mehrheit legt. Offenbar hat die linke U.S.V. die kommunistische Taktik noch gar nicht begriffen, die doch darauf geht, durch Verweigerung jeder Zusammenarbeit diese Mehrheit praktisch wertlos zu machen!

Die Sozialisierung des Bergbaues vor dem Reichstag

Berlin, den 20. Nov. 1920.
Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die beschleunigte Erhebung des Reichsrenten und der Pflichtabgabe vom Vermögenszuwachs. — Auf Antrag Kießer (D. Sp.) wird der Gesetzentwurf dem Ausschuss überwiesen.

Es folgt die Interpellation Müller-Franken über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Zur Begründung erklärt der Abg. Köpfer (Soz.) das Wort. Der Gesetzentwurf soll sich nicht etwa auf einem Seminarkapital oder der Ertragsteigerung der Arbeiter begründen, vielmehr die Sozialisierung der Kohlenförderung und Kohlenverteilung durchzuführen. Am 15. August erklärte von dieser Stelle aus ein Regierungsvertreter, daß die Reichsregierung der Frage der Sozialisierung nicht aus dem Wege gehe. Er erklärte: Ich bin ermächtigt, festzustellen, daß die Reichsregierung auf dem Beschluß des Reichswirtschaftsrates vom 24. Juli steht. Sie hat den Reichswirtschaftsminister beauftragt, unbeschädigt die Verfolgung der Angelegenheit einzuleiten.“ Am 22. September wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, den Reichswirtschaftsminister zu beauftragen, auf der Grundlage des vorliegenden Berichtes der Sozialisierungskommission einen Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorzulegen. Schließlich hat der Reichswirtschaftsminister im Reichswirtschaftsrat am 18. Oktober erklärt, das Kabinett auch heute noch entschlossen sei, auf dem Boden der Erklärung vom 15. August und des Beschlusses vom 22. September zu stehen. Die Regierung hat also eine klare Erklärung abgegeben und die Vorlegung eines Sozialisierungsgesetzes bestimmt und unabweislich in Aussicht gestellt.

Es handelt sich darum, ob mit der Verletzung der Verfassung zur Ausbeutung auch das Eigentumsrecht verletzbar worden ist. Dieser Auffassung muß mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Harzort trat f. B. dafür ein, daß man sich in einer Zeit befände, wo die Eisenbahnen zusammenbrechen und eine großartige Anstrengung der Nation zur Erholung des Ganzen einzusetzen hat. In solchen Zeiten befinden wir uns auch jetzt. Damals sollte das Interesse des Landesherren vor dem Interesse der Wirtschaftsbefehrer zurücktreten. Heute muß das Sonderinteresse des Kapitals in den Hintergrund treten. Der Staat hat das Eigentumsrecht über die Schätze der Erde in Gewalt. Damals wurde zwar dem Verlangen nicht entsprochen. Aber die Regierung gab die Erklärung ab, daß sie demnächst einen Gesetzentwurf einbringen werde hinsichtlich der Bergbaufreiheit. Der Kampf um das Gebundenheit wurde durch die Annahme des Gesetzentwurfes vom 12. Mai 1881 beendet. 1881 wurde das Direktionsprinzip aufgehoben und damit begann die Zeit, wo aus dem Bergbaue ein schwer arbeitender Proletariat wurde. Mit ihrem Verlangen der vollen Ausbeutungsfreiheit hatten die Grubenbesitzer 1888 endlich Erfolg. Das damalige Bergbaugesetz ist in seinen Grundzügen heute noch in Kraft. Aber es ist festzustellen, daß es das Eigentumsrecht nicht geschützt. Ein privates Eigentumsrecht an erschlossenen und uneröffneten Adern der Erdoberfläche besteht nicht. Diese gehören zum Besitze des Staates, der politischen und wirtschaftlichen Zusammenfassung des ganzen Volkes. Es kam 1893 zum Kohlenmonopol. Damit wurde im politischen Staat ein Wirtschaftsmonopol Privater geschaffen. Der Versuch, den der Reichshofrat und Reichswirtschaftsrat gemacht haben, um einen Vorschlag zu erlangen, auf dem sich alle Teile einigen könnten, ist gescheitert. Es wird vorgebracht, die Arbeiter und Beamten des Kohlenbergbaues durch Abgabe von Aktien an der Kapitalaufbringung und am Gewinn zu beteiligen. Die Beteiligung der Allgemeinheit soll auf dem Wege der Besteuerung realisiert werden. Das ist alles Scheinsozialisierung. Es ist nicht der Zweck der Sozialisierung, den größten Teil des Volkes mit privatrechtlichen Ideen zu infizieren. Vielmehr müßte 80 Prozent der reinlich-wirtschaftlichen Bereiche, früherer Welt, jetzt Kommunisten, dafür zu haben sein, 85 Prozent verzichten darauf. Sie verlangen die Heberführung der Erdoberfläche in den Besitz der Volksgemeinschaft. Das ist es, was wir unter Sozialisierung verstehen. Würden die Bergarbeiter in ihren Erwartungen getäuscht, so sind die Folgen nicht absehbar. Die Sozialisierung kann nur in organischer Aufbau erfolgen. Sie darf nicht einhergehen mit einer Einschränkung der Produktivität. Die Regierung muß nunmehr Farbe bekennen. Ein längerer Ärgern wäre untraglich. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichswirtschaftsminister Dr. Schulz: Zu der außerordentlich maßvollen und sachlichen Behandlung der Interpellation habe ich namens der Regierung folgendes zu erklären: Die Reichsregierung wird gemäß den Ausführungen des Reich-

nach in alt frischem Gedächtnis, als daß er ganz unbesorgt gewesen wäre. Aber die Erinnerung an den glänzenden Hof Mercks von Württemberg, an die fröhlichen Tage, die sie dort verlebt hatten, die Vergleiche dieser Zeit mit dem freudlosen Leben der Bundesräte machte sie günstig für den Herzog stimmen, wenn auch mancher Ursache hatte, seine Wiederkehr nicht gerade herzlich zu empfangen. Die Bürgerchaft konnte über Freude über diese Nachrichten kaum verbergen; sie verteilte ihre Häuser, iraten haufenweise auf den Straßen zusammen und besprachen sich über die Dinge, die ihrer warteten. Sie schimpften leise, aber wehlich auf den Bund, ballten grimig ihre Häufte in der Tasche, und waren überaus patriotisch geimnt. Sie erinerten sich der erlauchten Ahnen des vertriebenen Fürsten, es war sein Name Württemberg, den auch sie trugen, sie zählten so manchen waderen Herrn aus der Familie auf, unter welchem sie und ihre Väter glücklich gelebt, der Württemberg Namen verlornt gemacht. Auch der Gedanke tat ihnen wohl, daß von ihrer Entscheidung für den einen oder andern Teil so viel abhängt, weil man im ganzen Lande auf die Stuttgarter sehe. Sie waren zwar weit entfernt, gegen die bündische Sozialisation auf ihre eigene Faust einen Aufbruch zu unternehmen, aber sie sprachen zueinander: „Gedatter, wart nur bis es Nacht wird, da wollen wir den Reichsfürsten zeigen, wo sie her sind, wir Stuttgarter.“

Dem bündischen Statthalter, Christian von Schwarzenberg, einige diese Bewegung unter den Bürgern nicht. Zu spät sah er ein, wie wichtig man getan habe, das Herz zu entlassen. Er wandte sich an die Bundesfürsten, die noch zu Nürnberg versammelt waren, und beehrte diese, aber er selbst gab die Hoffnung auf, Stuttgart so lange halten zu können, bis ein neues Heer im Feld erschienen sei. Er traf zwar einige Anstalten zur Gegenwehr; aber die Vorkämpfer, mit welcher der Herzog erdient, bereitete alle seine Bemühungen. Als er sah, daß er den Bürgern nicht trauen konnte, daß ihm der Adel nicht beistehe, daß die Besatzung nicht einmal zur Sicherung der Tore hinreichte, entwich er bei Nacht und Nebel mit den Bundesräten nach Eßlingen. Ihre Flucht war so eilig und geheim, daß sie sogar ihre Familien zurückließen, und niemand in der Stadt ahnte, daß der Statthalter und die Räte nicht mehr in den Mauern seien; daher waren die Anhänger des Bundes noch immer getroffen Plutes und glaubten nicht an die Gerüchte von der schnellen Annäherung des Herzogs.

(Fortsetzung folgt.)

Pichtenstein

Romanische Sage von Wilhelm Hauff
(Fortsetzung.)

„Gut, Georg von Hemen und Philipp von Heuberg, ihr seit euch in die Knechte, jeder nimmt sechs Hähnelein. Ihr da, die ihr euch Hauptleute nennet, könntet bei den einzelnen Hähnelein bleiben und den beiden Herrn an die Hand gehen. Ludwig von Gemmingen, seid so gut und nehmet den Oberbefehl über das Fußvolk. Jetzt gerabewegs auf Rothenberg. Freu dich, mein treuer Bannerträger.“ sagte Merck, als er sich auf Pferd schwang; „so Gott will, ziehen wir morgen in Stuttgart ein.“

Die Heiteren, den Herzog an der Spitze, zogen fürder. Der lange Peter stand noch immer unverrückt auf dem Platz, den Gut mit der stolzen Hähnenfeder in der Hand, und schaute den Reitern nach.

„Das ist einmal ein Hüßli!“ sprach er zu den Hauptleuten, die neben ihm standen. „Was der für eine gewaltige Stimme hat und wie er greulich mit den Augen funkelt, das es einen angst und bange wird. Du, ich meine, er wolle mich mit Haut und Haar verschlucken, als er mich fragte: Wer bist denn du?“

„Wir wor's g'rad, wie wenn einer siedend Wasser über mein Leib schütten lä. In Wien ist doch auch 'n Kaiser, aber der tut nit so g'waltig wie der do!“

„Als Hauptleut sind wer g'wesen.“ sprach der Hauptmann Maderle, „die Herrlichkeit hat nit lang dauert.“

„Narr! Das ist mir recht. Würde bringt Würde, sagt ein Sprichwort, die andern haben oft nicht recht geachtet, wenn wir befohlen haben; Diavolo, hat doch erst heute einer mich ausgelacht. Hat alles einen besseren Schick, wenn's die Herren anführen. Den Golddübeln und die vier Raag haben wir ja doch und das bleibt die Hauptfackel.“

„Dat meen' ich ooch! Und dat haben wer dem langen Peter zu verdanken. Er soll leben!“

„Dant' schön; aber das sag ich, der Herr wird dem Bund aufjünden, Moosblei! Wenn der erst ein Schwert in die Hand nimmt, der jagt die Städler allein aus dem Land! Und seine Räte und Ganslar und die Landshofst! Habt ihr gehört, wie greulich er über die gestucht hat? Ich mach' in feines Haut heben.“

Das Wirbeln der Trommeln unterbrach das Gespräch dieser tapferen Krieger. Diese Töne erschollen nicht mehr auf ihren Befehl, aber der lange Peter war in seinen vielen Feldzügen so sehr an den Wechsel von Glück und Unglück, von Höheit und Niedrigkeit gewöhnt worden, daß er über den Sturz seines Regimentes nicht trauerte. Gelassen nahm er die Hahneneber von dem großen Gut, legte die rote Schärpe um den langen Dieder, die Zeichen seiner Würde, ab und ergriff eine Geliebte. „Gott straf' mein' Beel“, es ist schwer für einen Kerl wie ich, zwösf Hähnelein zu regieren.“ legte er, als er sich wieder als guter Landshofst in die Reihen seiner Kameraden stellte. „Aber bei Sanft Verzug, dem trefflichen Landshofst — er muß jetzt auch Oberst sein in den himmlischen Heerscharen, Marie Gleisler!“ — der Mensch muß alles probieren auf Erden. Die Landshofst schüttelten ihm die Hand und bestätigten es. Es tat keinem tapferen Herzen weh, zu hören, er habe sein Kommando trefflich verwaltet. Die drei Ritter, ihre Anführer, saßen auf und stellten sich zu ihren Hähnelein, die Landshofst richtete sich in gewohnter Ordnung zum Marsch, und Ludwig von Gemmingen ließ die Trommeln rühren zum Aufbruch.

3.
Ertiegen ist der Ball, wir sind im Lager! Reht werft die Hülle der verschwiegenen Nacht Von euch die euren stillen Zug verhehlt: Und mach' dem Feinde eure Schreckensnähe Durch lauten Schlächtruf kund

Schiller.
Es war in der Nacht vor Maria Himmelfahrt, als Herzog Merck vor dem Notendübelore in Stuttgart anlangte. Er hatte auf seinem Zuge schnell das Städtchen Leuberg erobert und war dann unangefochten immer weiter gedungen. Dieses Volk lief zu, denn wie ein Lauffeuer hatte sich die Nachricht verbreitet, daß der Herzog wieder im Lande sei. Jetzt erst zeigte es sich, wie wenig Freunde der Bund sich erworben hatte, denn überall wurde die Freude laut, daß das gefährliche Regiment des Bundes ein Ende habe, daß das angestammte Fürstenthaus wieder in seine alten Rechte sich einsetze.

Auch nach Stuttgart war bald diese Nachricht dargebracht und hatte die verschiedensten Empfindungen dort erregt. Der Adel, der sich in der Stadt befand, wußte nicht, was er sich vom Herzog zu versehen hatte. Die Hebergabe von Tübingen war

*) Herr, erbarme dich!

langers von...
gemeinlich...
vorlegen...
von der be...
wirtschaftl...
nicht abgef...
Loren die u...
bestehende...
Waldine die...
um eine er...
den Fragen...
finden. Di...
Dezember...
finden. Di...
gehörigere...
lung der u...
weisen wer...
den Geban...
wenn die M...
Inhalt des...
Nationalis...
des Haus, u...
an den Wis...
arbeit aber...
soll recht...
den End die...
Abg. So...
und Mittel...
warzen, ebe...
Abg. Zer...
Kommission...
dem könne...
herausgegr...
durch eine...
hoh vielme...
durch den...
dann muß...
betreffend...
und sind...
Abg. So...
keine Rede...
der Sozial...
ginn. Der...
arbeiten da...
Abg. Zer...
einen Anteil...
materielle...
Abg. So...
Lapollist...
findungen...
Gedanken...
werden. Ar...
benen der...
nigen polit...
sagen zu...
liche Geblu...
nen Teilun...
auf den Vol...
verlieben...
süßt sich...
sozialist...
bis die Soz...
klärung ab...
Abg. Zer...
einen Anteil...
Mitarbeiter...
Abg. Zer...
ten zur Re...
ierung dur...
berühnt...
bedürfen...
heißt verlan...
führung der...
glauben. A...
runa brin...
von der W...
Annäherun...
hollen den...
den sie auch...
hängenden...
Abg. Zer...
feh. Es son...
die öffentl...
gelebt. C...
müht wer...
Enteianun...
Arbeiter...
Die Au...
Geht über...
en nach be...

Er ist...
Hilfer, der...
ber...
der No...
Der S...
senfrier...
die, so we...
sind zufan...
Und er...
Aber geu...
eine Kunst...
Mensch...
Schnaps...
Der ap...
wurde ger...
Geistesfr...
wandsre...
Erscheinu...
Das P...
Stojus, die...
Interesse...
Von solch...
reind, daß...
find. Wah...
eines rabi...
das aber...
ung, sie w...
Dah...
verdingl...
Kaufers...
ber Schma...
noch weiter...
tliche G...
Wer...
Wahm...
eindeutl...
Itali und...
Aber...
sondern...
zum M...
die teuf...

Die Aufklärung über Hagenschick

Eine umfassende Darstellung des Arbeitsministers

Am 27. Oktober d. J. einen Gesetzentwurf über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Kohlenbergbaus mit größtmöglicher Beschleunigung den gesetzgebenden Körperschaften vorlegen. Im gegenwärtigen Augenblick sind die Verhandlungen der berufenen Sachverständigen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates über die Grundformen dieses Entwurfes noch nicht abgeschlossen. Vielmehr ist, wie bekannt, in den letzten Tagen die ursprünglich nur aus Vertretern des Kohlenbergbaus bestehende Sachverständigenkommission durch weitere Sachverständige der übrigen großen Berufsgruppen ergänzt worden, um eine endgültige, gemeinsame Grundlage für die entscheidenden Fragen der neuen Ordnung unseres Wirtschaftslebens zu finden. Die Kommission beabsichtigt die Verhandlungen am 1. Dezember aufzunehmen. Solange die berufenen Sachverständigenvertretungen noch in ausgiebigen Verhandlungen über die wesentlichen, aus gemeinsamer Verständigung hervorgehenden Richtlinien beraten, denen angesichts der Bedeutung der zu lösenden Aufgaben die größte Wichtigkeit beizumessen werden muß, wäre es eine nicht genügende Beachtung des Gedankens tätiger Mitarbeiter der produktiven Kräfte, wenn die Reichsregierung schon jetzt einen Bescheid über den Inhalt des Gesetzes geben oder eine Mitteilung über dessen Richtlinien machen wollte. Neben solch mit dem Appell an das Haus, unter Zurückstellung aller parteipolitischen Momente an den Wirtschaftsanstandpunkt zu denken und die Zusammenarbeit aller produktiven Kräfte unseres Volkes zu fördern. (Wichtiges, Widerspruch links. Punkt: Die Bergarbeiter werden auch die Antwort geben.)

Herr Abgeordneter (Hr.) spricht der Regierung das Vertrauen aus und bittet, das Ergebnis der Kommissionsverhandlungen abzuwarten, ehe wir hier Beschlüsse fassen.

Herr Abgeordneter (Hr.) polemisiert gegen die Sozialisierungs-Kommission, die nicht sachmännisch genug besetzt gewesen sei. Zudem könne der Kohlenbergbau nicht allein für das Experiment herausgegriffen werden. Wird der Arbeiterdickicht bewiesen, daß durch eine überhöhte Sozialisierung sich ihre Lage nicht bessert, daß vielmehr eine allgemeine Aufbesserung der Lebenslage nur durch den Zusammenbruch aller Kräfte des Volkes möglich wird, dann muß sie zur Vernunft kommen. Wir sehen ein, daß die Arbeiterdickicht in Zukunft eine andere Stellung einnehmen muß und sich freit, ihr entgegenzukommen.

Herr Abgeordneter (Hr.): Von einer Verschleppung kann keine Rede sein. Es ist doch nicht zu verkennen, daß der Gedanke der Sozialisierung schon eine bestimmte Form anzunehmen beginnt. Der Reichswirtschaftsrat wird einen Gesetzentwurf ausarbeiten, das ist sein Recht und seine Aufgabe.

Herr Abgeordneter (Hr.): Wir erwarten, daß die Regierung bald einen befriedigenden Gesetzentwurf vorlegt und treten in eine materielle Erörterung derselben ein.

Herr Abgeordneter (Hr.): Die Dualisanten erklären den kapitalistischen Profit durch politische Mittel. An rationale Empfehlungen wird immer nur dann appelliert, wenn der Profit in Gefahr ist. Demgegenüber muß die Arbeiterdickicht aufgestellt werden. Arbeitergemeinschaft und Profit sind Gegensätze, mit denen der Arbeiter gekämpft werden soll. Die Arbeiter sind genügend politisch geschult, um sich nicht durch die Kleinigkeiten imponieren zu lassen. Nur die Sozialisierungsfrage kann die wirtschaftliche Bindung unseres Volkes bringen. Von den Kohlenbergbauern trennen uns Weltanschauungen. Stellt sich die Regierung auf den Boden, die Sozialisierung bis zum Nimmermorgen zu verschieben, so bedeutet das eine Katastrophe. Das Bürgerium sieht sich jetzt stark genug, um es auf einen Kampf mit der Arbeiterdickicht ankommen zu lassen. Die Arbeiterdickicht wird nicht rufen bis die Sozialisierungsrevolution durchgeführt ist.

Herr Abgeordneter (Hr.): Ich im Namen meiner Partei eine Erklärung ab, daß sie es für notwendig hält, der Arbeiterdickicht einen Anteil an den Erträgen zu sichern, ohne auf die totalitäre Mitarbeiterdickicht der Unternehmer zu verzichten.

Herr Abgeordneter (Hr.): Die Reichssozialisten hatten zur Zeit ihrer Regierung bereits den Auftrag, die Sozialisierung durchzuführen. Statt dessen haben sie sich mit dem Lüttich verbündet, um die Anstrengungen aus der Regierung zu verhindern und die Durchführung des Sozialismus zu verhindern. Jetzt verlangen sie von der bürgerlichen Regierung die Durchführung der Sozialisierung, ohne selbst an die Sozialisierung zu glauben. Nur die Arbeiterdickicht kann die vollständige Sozialisierung bringen. Interessant ist, daß auch die Reichssozialisten von der Arbeiterdickicht nichts wissen wollen, ein Beweis für ihre Annäherung an die Reichssozialisten. Die Reichssozialisten wollen den Sozialismus, nicht aber den Sozialismus, somit wollen sie auch die Sozialisierung der mit dem Bergbau zusammenhängenden Betriebe veranlassen.

Herr Abgeordneter (Hr.): Die Arbeiterdickicht wartet auf das Gesetz. Es kommt uns sehr darauf an, daß es bald erdient. Auch die bürgerlichen Arbeiter betonen, daß den Bewerbern nicht vorzuziehen ist, ein Mitglied eines kleinen Kapitalistenkreises zu werden, sondern ein Mitglied der Arbeiterdickicht zu sein. Die Arbeiterdickicht fordern sogar die Enteignung ohne Entschädigung. Weichen die Erträge von der Arbeiterdickicht, dann gibt es einen Rückgang der Produktion. Die Arbeiterdickicht ist bereit. — Monolog 1 für nächste Sitzung. Gesetz über Oberflächen. Interpellation über Kapitalbesitzungen nach dem Ausland.

Einer Einladung des Sozialdemokratischen Vereins folgend sprach Donnerstagabend der Arbeitsminister Genosse Käcker in einer Pforzheimer Parteiverammlung über das Hagenschickunternehmen und gab dabei folgende Darstellung der Entwicklung und des Zusammenbruchs des Siedelungsunternehmens. Nach einem Bericht unseres Pforzheimer Parteiganges folgte derselbe aus:

Ich danke Ihnen, daß Sie mir Gelegenheit geben, über die ganze Angelegenheit ein zusammenhängendes Bild zu geben. Die gesamte reaktionäre Presse Süddeutschlands führt seit Monaten einen geschäftigen Kampf gegen bestimmte Personen und spricht dabei andauernd von einer sozialistischen Rührwerkaktion, wobei sie das Hagenschickunternehmen im Grunde führt. Ich will Ihnen Entschuldigungen und Zusammenbruch des Unternehmens so objektiv wie möglich schildern, denn auch in Pforzheim ist die Angelegenheit weidlich gegen unsere Partei ausgeübt worden.

Der Gedanke der Gründung einer Siedelungsbank reicht weit zurück, sogar noch weit in die Bismarcksche Regierungszeit hinein. Am 5. Juli 1917 wurde das Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken geschaffen, um gewissen Händlern und Güterhändlern am Boden das Handwerk zu legen. Am 22. 7. 1917 fand in Karlsruhe eine Konferenz statt, in der über die Gründung einer Landbank beraten wurde, die nicht vom Staate abhängig sein sollte. Bei Ausbruch der Novemberrevolution war man jedoch nicht über die Beratung hinausgekommen. Es wurde erwogen, verhandelt, aber nicht gehandelt. Durch die Reichsrevolution vom 22. Januar 1919 wurden die Bundesstaaten verfassungsmäßig in Angriff zu nehmen, gemeinnützige Siedelungsanstalten zu gründen. Der damalige Minister des Innern verfolgte die Pläne, bei Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim zu siedeln, die zu gründende Landbank sollte eine Siedelungs- und Landbank werden. Schon damals hatte der spätere Direktor A. Hele keine Finger im Spiele. Es sollten 5000 Hektar Wald unentgeltlich zur Siedelung abgegeben werden. Doch ist der Minister des Innern zu seinem Ergebnis gelangt. Dann wurde die Siedelungsfrage dem Ernährungsminister und kurz darauf dem Minister des Innern übergeben. Am 12. April 1919, nach der Bildung des Arbeitsministeriums, wurde mir als dem Arbeitsminister die Sache übertragen. Meine Absicht war von Anfang an, den Einfluß des Ministeriums so stark wie möglich zu gestalten, und ich habe gerungen und gekämpft, um mir diesen Einfluß zu sichern. Die Erfahrungen in Breukem mit Land- und Siedelungsbanken ermutigten uns zur Gründung der Bank, und am 12. 6. 1919 wurde die Gründung der Bank beschlossen. Der Vorkurs unserer politischen Freunde, wir hätten ein sozialistisches Experiment machen wollen, ist bössartig und trifft uns nicht, weil wir durch Verordnung und Gesetz zur Siedelung verpflichtet waren.

Ich habe 8 Stunden lang darum gekämpft, um mir den Einfluß bei der Besetzung der Geschäftsführerposten zu sichern; aber schon damals haben die Interessenten, so die Landwirtschaftsminister und andere, mit den stärksten Waffen dagegen angeknüpft, auch der D. S. Siegriß hat sich sehr stark dagegen gemehrt. Die Geschäftsleute lehnten den größeren Einfluß des Arbeitsministeriums ab, ich mußte verzichten. Der Vorwurf, der in heute von der reaktionären Presse gemacht wird, ich hätte erklärt, ohne sozialistische Leitung würde die Bank nicht gegründet, ist völlig unberechtigt; ich hatte auf die Anstellung der Direktoren und Leiter keinen Einfluß, ich hatte nur einen Delegierten in den Aufsichtsrat zu delegieren. Ich schickte den mir von früher her bekannten Dr. Kamppf mehr als meiner Vertreter hinein, der sich schon unter Bodman organisatorisch betätigt und bewährt hatte. Die Anstellung der Geschäftsführer war ausschließlich Sache des Aufsichtsrates. Ich habe nie versucht, jemand hineinzujauchern. Die gerichtliche Unterjüngung wird volle Klarheit in diesen Fragen bringen.

Der Direktor Wetterer war vorher Geschäftsführer der Bauabteilung des Bauhandels. A. Hele hatte recht gute Beziehungen zur Landwirtschaftskammer. Der Regierungsdirektor hatte Bedenken gegen den baiden. Hele ein geschickter Herr. Mit seinem Eintritt war die Bank verfallen. Er konnte mehr Menschen, er konnte auch die Firma Sonnen. Meine Auffassung über diese Firma wird Ihnen der Untersuchungsrichter sagen. Das Heibelberger Tageblatt schrieb kürzlich, der baidische Staat sei von dieser Firma um Millionen geschädigt worden, sie ist eine Revolution und Siedelungsfrage größte Hilfe. Dann kam auch der Herr Vorkurs in der Sache. Ich habe die Bank vor diesem Herrn warnen lassen, und dies war das einzige Mal, wo ich in persönlichen Sachen eingriff. Mein Vertreter verlangte ein Zeugnis für diesen Herrn, es wurde abgelehnt. Was dann Württemberg in der Siedelung leistete, brauche ich in Pforzheim nicht zu sagen.

Dann wurde der Kaufzug auf die Bank unternommen. Auch Wetterer ist nicht freizusprechen von Schuld, er hat persönlich viel gearbeitet, aber nicht gesehen, was er hätte sehen müssen, er war seiner Aufgabe nicht gewachsen. In diesem Vertrag habe ich keine Schuld. Er war ein Privatvertrag zwischen der Landbank und dem Finanzministerium. Ich habe den Vertrag im Landtag vertreten in Abwesenheit des Reichsministers. Daß er dem Landtag zu spät vorgelegt wurde, war nicht meine Schuld. Ich habe wochenlang um Beschleunigung gebittet, aber am meisten haben die baidischen Folgebürokraten Schwierigkeiten dabei gemacht.

Im Mai habe ich den Aufsichtsrat gebeten, mir regelmäßig Bericht zu geben über den Verlauf der Arbeiten, das ist dann auch erfolgt. Die Tätigkeit der allierten Kommission hinderte mich, dies früher zu tun. Es wäre auch im März schon zu spät gewesen. Die falschen Maßnahmen erfolgten alle schon im Januar und Februar. Die Gruppe Himmlich ließ sich schon damals erklären, sie werde alle Register ziehen, um das Unternehmen unmöglich zu machen.

Obwohl ich kein Recht dazu hatte, habe ich im Februar schon gebittet, mit mir über die wichtigsten Dinge zu reden und ich sehe heute noch dafür ein, daß der ganze Plan in seiner Politik, in der Theorie durchaus richtig war. Ich sehe heute noch dazu, daß die Rekonstruktionsarbeiten im Lande fortgesetzt werden. Gegenwärtig haben wir etwa 70 Rekonstruktionsarbeiten im Lande, auch der Rheinwald wird in Angriff genommen.

Ich stelle fest: An der falschen Geschäftsführung ist die Bank allein schuldig. Bei der Abfassung der Statuten hat man sich um 100 000 Hektar veräußert, bei einer Berechnung von 275 000 Hektar. Als das Holz lag, wollte niemand mehr Holz kaufen.

Dann kam die Firma Aros u. Balthar und die Kniebe von 8 Millionen Mark zu 4 1/2 Prozent. Aber es wurde zu 6 gekauft und sollte zu 102 zurückgehen werden, und niemand im Aufsichtsrat hat von dieser Aktion Kenntnis gehabt. Es wurde „gearbeitet“.

Es wurde die größte Dreschmaschine gekauft, wie sie nur in den größten preussischen Gütern gebraucht wird. Es wurde eine Waldbahn gebaut.

Es wurde mit Gütern der Bank gemacht, der Gemeinde 100 000 Mark zu sichern, wenn die Bank nicht in Betrieb kommt. Es wurde ein Auto gekauft.

Es wurden soviel Sprengmittel gekauft, um ganz Baden damit auszubrennen zu können, wobei die Firma Honeff allein 4 Millionen Mark verbrennt.

Es wurde Glas für 2000 Häuser gekauft, ein Wagnis für 8000 M für den Herrn Direktor.

Es wurde in Karlsruhe ein Telefon angelegt, das noch nicht fertig ist und jetzt schon 400 000 M kostet.

Es gibt Leute, die Hunderttausende und Millionen verdienen, die diese verwerflichen Geschäftspraktiken weidlich ausnützen.

Und alles das hat der Aufsichtsrat nicht gewußt.

Die Geschäftsführer haben alles allein gemacht. Auch Kamppf meher hat nichts gewußt, wie ich mich überzeuge. Wenn einer behauptet, was hier verbrochen wurde, so bin ich es. Denn diese Wirtschaft hat dem Siedelungsunternehmen in weiten Volksteilen sehr geschadet. Und wir müssen doch siedeln, unsere wirtschaftliche Lage zwingt uns dazu. Wenn wir nur 8 Prozent unseres Waldes ab schlagen, können wir einen großen Teil unseres Kartoffelbedarfs selbst decken.

Ich hoffe auch noch, daß Hagenschick eine Siedelung werden wird. Wir sind auch jetzt am Siedeln, so z. B. in der bad. Pfalz. Der Siedelungsbedarf ist nicht unerschöpflich. Und die reaktionäre Presse ist jetzt in die Verleumdung gedrängt worden. Sie wollte mit dem Hagenschick eine gute Wahlparole herauskochen.

Nicht der Sozialismus war schuld an diesem Zusammenbruch, sondern eine räuberische Plaque, die es verstand, ein kapitalistisches gutes Unternehmen zu sabotieren, auszunutzen und zum Zusammenbruch zu bringen. Wir haben aus dem Fall die Lehre zu ziehen: nicht dem Gesetz allein ist ein gutes Werk zu schaffen, sondern man muß Menschen dazu haben, die gemeinwirtschaftlich denken. Hätten wir die gehabt, hätten wir keinen Zusammenbruch erlebt. (Lebhafter Beifall.)

Den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Ministers folgte eine Ansprache, in der von allen Rednern festgehalten wurde, daß nach dieser Aufklärung der Minister getadelt werden könne, wenn das Unternehmen zur Strecke gebracht worden sei, so sei daran vor allem das kapitalistische Raubgeschick schuld und die Siedelungswirtschaft.

Der Analfischter

Er ist wieder da und macht sich überall breit, der Analfischter, der Urheber der Volkreinigung und der Krankheiten, der Verunfallter, der Begründer von vielen Familien und der Moral — der Satan Schnaps.

Der Schnaps ist eine Teufelsfindung. Der Höllentier ärgerte sich, daß sich der Zuwachs, den sein Reich erhielt, so wenig aus Angehörigen des sogenannten gemeinen Volkes zusammensetzte. Er sann und sann...

Und er fand einige geeignete Mittel, von denen Wirkung er überzeugt war. Eines der wirksamsten von ihnen war aber eine Kunst, die er gewinnbringend und daher rücksichtslos Menschen beibrachte: die Kunst der Herstellung von Schnaps. Die Hölle triumphierte.

Der apokalyptische Heiler Krieg kam. Der Teufelstanz wurde geringer. Die Zahl der auf Alkohol zurückzuführenden Geisteskrankheiten und Verbrechen sank. Die ärztliche einwandfreie Statistik beweist dies. Siegte das Gute? Nein, diese Erscheinung war nur eine Folge der bösen Kriegswunde!

Das Böse feiert wieder Triumphe. Gewisse Diener des Profits, die die Volkswirtschaft dreimal hinter ihre eigenen Interessen stellen, brauen sie wieder, die Teufelsmutter Schnaps. Von solchen Göddienern sagt Karl Marx im „Kapital“ gütigend, daß sie bei 20 Prozent Profit zu jedem Verbrechen fähig sind. Wahrlich, wenn sie die Wohl hätten zwischen Herstellung eines rabulanten Heilmittels für alle menschlichen Leiden, das aber in kleinerem Gewinn abwirft als die Schnapsbereiung, sie würden die letztere wählen.

Daß der böse Schnapsentel wieder umgekehrt und auch Opfer verdingelt, beweist eine politische Warnung. Schnapsverkäufer benehen Betrag im Sinne des Strafgesetzes. Entweder sie verkaufen mit Schnapsaroma getränktes Wasser als Schnaps, oder Schnaps, der zu wenig Alkohol enthält. Aber sie gehen noch weiter und verwenden denaturierten Spiritus, der sofortige Gesundheitskader, ja den Tod bringen kann.

„Wer Sorgen hat, hat Elend“, sagt Wilhelm Busch. Ein Bekanntheit, das jeder Sozialpolitiker seinem Erfahrungsinstinkt einverleibt hat. Denn wirtschaftliche Droure schwächt Willenskraft und Widerstandsfähigkeit des Menschen.

Aber willensschwache Menschen wollen wir nicht ertreiben, sondern starke Charaktere, die das Böse lassen, weil es böse ist. Zum Menschenfreunde, auf zum Kampf gegen die teuflische Menschheitsgeißel Schnaps!

Weihnachtsbücherchau

Ein gutes Buch als Geschenk hat noch immer seinen Zweck erfüllt. Neben praktischen Anschaffungen, die man ja immer gerne auf Weihnachten aufwartet, sollte man immer auch noch ein Buch wählen, das geeignet ist, Herz und Gemüt über das tolle Erzei hinauszuheben. So dürfte unsern Lesern ein kleines Zusammenstellung hervorragender guter Bücher aus dem Verlage der Frankf. Verlagsbuchhandlung in Stuttgart (Geschäftsstelle des Kosmos, Geschäftsart der Naturfreunde) willkommen sein.

Der deutsche Jugend, die in der heutigen Gegenwart besonders viel entbehren muß, sind eine ganze Reihe von guten und mit vielen Bildern ausgestatteten Büchern zugeeignet. Da ist vor allem die Sonnenreiter-Serie zu erwähnen. „Die Hölentinder im Seidmichs Grund“, die fern von der Menschheit mit Schatzfunden und hingebender Arbeit ihre eigene kleine Kultur erringen, haben bekanntlich schon voriges Jahr eine Fortsetzung erfahren in dem Band „Die Hölentinder im Pfahlbau“. Nun kommt die angehende und lehrreiche Geschichte in einem 2. Band zum Abschluß: „Die Hölentinder im Seidmichs Grund“. Der neue Band erzählt vom Bau des Seidmichs, von den Kindern Hans und Gertrud, von der Entdeckung des Alkohols und den ersten Schreiberjuden und beschließt diese ganze Serie mit einem kurzen Bericht, wie die Hölentinderfamilie den Anschluss an die übrige Menschheit wieder fand. Das Ganze ist eine Robinsonade, die die Herzen von Knaben und Mädchen auch reiferen Alters fähig in ihren Bann zu ziehen geeignet ist und die auch erwachsenen Lesern besten Genuß bietet. (Preis des Bandes ist gebunden 1.50 M.)

Auch die beliebte Sammlung naturwissenschaftlicher Märchen von Carl G. Wald ist durch einen weiteren Band ergänzt worden. „Das Sternennetz“ heißt dieser Band, einem kleinen astronomischen Märchen, dem sich zahlreiche andere botanischen und zoologischen Fabeln anreihen. Mit diesem Band liegt die deutsche Enald-Ausgabe abgeschlossen vor. Alle seine Märchen sind so einleitend, unter Herrschaft und mit den flotten Zeichnungen von E. Bland herausgebracht und bilden eine Fülle jeder Büchers. Die anderen Bände heißen: „Mutter Natur erzählt“, „Der Zweifler“, „Mutter Helmede“ und „Hier keine Freunde“. (Preis des Bandes geb. 1.50 M.)

Zum ersten Male bringt der Kosmosverlag auch Indianergeschichten heraus; freilich nicht jene blutrünstigen Schauermärchen,

gegen die sich erfahrene Erzieher mit Recht wehren. „Minnelaha“ (Lachendes Wasser) berichtet sich die Geschichte eines Indianermädchens, das, obgleich es zum Christentum übergetreten ist, doch das Indianertum reiten möchte und dann nach mannigfaltigen Abenteuern ins Kloster geht. Die überaus lebendig auf eigenen Erlebnissen aufbauende Darstellung Emil Draconbergs wird durch flotte Illustrationen noch anschaulicher gemacht. Das Buch wird sich die Herzen der jugendlichen Leser in Sturm erobern und bald zu den berühmtesten Indianerbüchern zählen. (Preis geb. 1.50 M.)

Ein zweiter Indianerband stammt aus der Feder des berühmten Zoologen und Schriftstellers Ernst Inghoffer. „Die Hölentinder“ ist in guter Erinnerung. „Die Hölentinder“ und „Die Hölentinder“ ist in „Die Hölentinder“ freilich nicht die Rede; aber es ist doch ein Indianerband mit all seinen besonders angehenden Eigenschaften, um denentwillen die liebe Jugend so heiß begehrt. Eine Fülle von Abenteuer und heiliger Volkstümlichkeit mit seinem indianischen Begleiter Duonon in den Wäldern am Champlainsee. Bilder des Verfassers bezaubern das Auge, gut ausgestatteten Band. (Preis geb. 1.50 M.)

Von A. K. Bond ist „Der Reiter der Technik“ neu erschienen. Das Buch ist besonders für Knaben geeignet, die Begabung für Technik zeigen. Es schildert die Abenteuer zweier junger New Yorker, die an den verschiedenen Bauplätzen der amerikanischen Eisenbahn das Entstehen von Meisterwerken der Ingenieurkunst mit eigenen Augen lernen können. Die Konstruktion, Brückenbauten, Tunnel u. a. Man kann sich kaum eine lehrreichere Einführung in die technischen Grundfragen einer modernen Großstadt denken als dieses Buch, das mit vielen guten Bildern geschmückt ist und von spannenden Abenteuer berichtet.

Daß im Zeitalter der Elektrotechnik auch elektrotechnische Apparate von Freunden der Handarbeit in allen möglichen Formen gebildet werden, ist bezeichnend. Auch hier fehlt es bisher an einer redigierten Anleitung, die vor allem auch die neuesten Entdeckungen (drahtlose Telegrafie, Telephonie u. a.) berücksichtigt. Da wird Hanns Günthers „Elektrotechnisches Praktikum“ (2 Bände) besonders willkommen sein. Die unterlassigen Anleitungen dieses auch dem Anfänger, wenigstens ein sichere Aufgaben mit Erfolg zu zeichnen. (Preis des Bandes 1.50 M.)

Badische Politik

Die Bauernrevolte in Urloffen

Neben dem „Acker- und Wälderboten“ findet noch ein weiteres Zentrumskomitee den Mut, das Verhalten der Bauern von Urloffen zu entschuldigen. Karer Papi vertritt in der „Clara bürger Zeitung“ seine Bauern in Schutz zu nehmen; nach seiner Darstellung sind die revolutionären Landwirte unschuldige Lämmer, die nur das Opfer von Wäldereien und Verhörungen geworden seien. Es werde wohl wenig Gemeinden geben, so meint Herr Papi, wo so viel Unrecht, Gemüht und alle Autorität untergraben würde wie in Urloffen. Auch die Agitation des neuen Bauernverbandes (Richtung Loberer) trage einen großen Teil der Schuld. Dazu käme das böse Beispiel der Nachbargemeinden des Danauer Landes. Urloffen bilde die Durchgangsstation so vieler Schmuggler und Schleichhändler in das Danauer Land und aus dem Danauer Land. Schließlich wird den amtlichen Stellen der Vorwurf gemacht, daß sie nicht einmal persönlich in Urloffen erschienen wären, um dort auf die Stimmung einzuwirken. Es dürfe auch nicht vergessen werden, daß die Gemeinde Urloffen sehr schwer unter der Maul- und Klauenseuche zu leiden hätte.

Der Herr Karer leistet mit seinen Entschuldigungen der Gemeinde keinen guten Dienst. Die Hab- und Guldner brauchen doch wahrhaftig bei den Bauern nicht durch Wälder und Dörfer aufgeschreckt werden, diese Tugenden machen bei ihnen von selbst, wenn sie die guten Beispiele sehen, die ihnen ihre Klassenossen geben. So zeichnet sich der frühere Bürgermeister von Urloffen in puncto „Ablieferung“ besonders aus, sein Verhalten habe die Bürger geradezu auf, es auch so zu machen. Die Vorwürfe des Herrn Papi gegen das Ministerium und den Amtsvorstand sind vollkommen unbedeutend. Der Minister des Innern war vor nicht allzu langer Zeit in Urloffen und wollte durch eine öffentliche Aussprache den Bürgern der Gemeinde die vermehrte Beschäftigung mit der Landwirtschaft zeigen, ob der Herr Karer und Bürgermeister anwesend waren, wissen wir nicht; ähnlich wird es auch dem Amtsvorstand ergangen sein. Es ist doch so, daß weder die Bauern von Urloffen noch von anderswoher Beschäftigung wollen; sie wollen nur eines: Geld, Geld und wieder Geld.

Am besten beleuchtet die Verhältnisse und Vorgänge in der Gemeinde Urloffen eine Zu- und Abwanderung, die uns von einem Augenzeugen zugegangen und in der es heißt:

Es ist nicht nur im Bezirk, sondern auch im Lande nicht erst seit gestern hinreichend bekannt, daß die Gemeinde Urloffen schlecht abliefern, daß in ihr der Schleichhandel einen erschreckenden Umfang angenommen hat, daß in ihr ein Wucherzins und eine Geldgier herrscht, wie wohl in wenigen Orten. Wie oft hörte ich sagen: „Wird auch die Schöbde endlich mal gegen diese Gemeinde vorgehen.“ Wie oft hörte ich die Meinung, daß die Gemeindevorstände verlorne. Wie viel Stimmen wurden am Montag bei den Bauern Landwirten am Platte laut: „Das hätte der Gemeinderat verhindern können. Diese Schöbde hätte verhindert werden können, wenn jeder einermehnen seine Pflicht getan hätte.“

Das Einreden der Sicherheitspolizei erfolgte in Ruhe. Die Kommissionen sah man ruhig arbeiten. Wie aber wurde versucht, Getreide nach dem Wald zu schaffen, Getreide und Mehl im Garten und Feld zu verpacken! Wie wurde man Getreide und Mehl den wachsamsten Augen zu entziehen! Das waren nur die „Irregulierten“. Die Güten zeigten für Hab und Gut freudig, sie hatten ja nichts zu fürchten. Die Leitung der Erziehungsdirektion ließ während des an diesem Tag stattgefundenen Erziehungsdirektionsbeschlusses die Erhebung einstellen, damit die friedlichen Bürger in ihren religiösen Gefühlen nicht verletzt werden sollten. Die Kommissionen waren zur höchsten und freundschaftlichen Behandlung dringend angehalten und versuchten sich auch so. Nicht ein Fall kann festgestellt werden, wo sich ein Beamter unkorrekt benommen hätte. Gerüchte über die Art wurden wohl kolportiert, sie schickten sich aber nicht. Die Haltung der Sicherheitspolizei war eine gute; das Aufstellen der Beamten machte einen guten Eindruck.

Die Zurückhaltung mußten sich diese Beamten auferlegen als gegen 12 Uhr eine aufgeregte Menge sich zusammenrotete und unter der Führung des Gemeinderates Sonnenr nach dem Rathaus zog, und an verschiedenen Stellen der Gemeinde Zusammenrottungen erfolgten. Ist es nicht eine Schande, unzulässig eine Schande, wenn deutschen Beamten auf deutschem Boden in treuer Pflichterfüllung ihren Dienst ausübend, von „Deutschen Bürgern“ mit „Vive la France“ empfangen werden? Ist es nicht unerhört, daß man aus den Wirtschaften immer und immer wieder den Ruf „Vive la France“ erschallen hört. Ist es nicht unglücklich, daß von einer „Deutschen“ Gemeinde ein französischer Militärkommandant um Hilfe angerufen wird, um sie gegen die Zwangsenteignung zu schützen, und deutsche Beamte zu entlocken. Ist es nicht abstoßend, wenn man auf deutschem Boden deutschen Beamten entgegenruft: „Nun wartet nur, jetzt kommen gleich die Zwangsenteignung und bringen Euch zum Ort hinaus!“ Welche Gebuld und welche Ruhe wie auch Besonnenheit zeigte der Beauftragte des Kommunalverbandes und Bezirksrates und wie begegnete ihm die „Irregulierten“, weil er seine Pflicht gegen sein Volk treu erfüllte?

Ist es möglich, daß ein deutscher Weidwirts nach eine solche Gemeinde in dieser Weise in Schutz zu nehmen versuchen kann und sie dem tiefen Mitleide des deutschen Volkes empfehlen will. So etwas ist nicht tragbar. Ergibt man auf diese Weise Menschen zur Moral und führt dadurch die Staatsautorität? Nimmt die Kirchenbehörde so etwas ruhig hin?

Dessen wir, daß die Regierung, die der Karer Papi, wie er schreibt, antreiben will, die Behren aus diesem Fall zieht und dafür sorgt, daß aus dieser Gemeinde das Rechte und der Gerechtigkeit wird. Öffentlich erleben wir es hier nicht, daß man die Sache parteipolitisch zum Nachteil des Volkes behandelt und sich beeinflussen läßt. Oder wird man zuwarten, bis alles Getreide aus Urloffen verpackt ist? Oder will man Urloffen Zeit lassen, bis es „Irreguliert“ abliefern, was es mag? Dann braucht man keinen großen Wagen mehr, dann wird künftig auch jeder Appell an die guten Landwirte verhallen. Die Güten in Urloffen haben abgeteilt, den Wäldern bleibt wohl jetzt das Getreide, weil sie „Irreguliert“ sind. Der Kritiker in der „Eisenburger Zeitung“ ist ein wirklich humaner Richter.

Wenn wir der Regierung, den Behörden zurufen: „Werden hart!“ so geschieht dieses nicht, um die Klust zwischen Stadt und Land noch zu vergrößern, sondern des Rechtes und der Gerechtigkeit willen. Bedauerlich ist, wenn bei solchen Dingen auch die Güten, und deren gibt es auch in Urloffen, mit leiden müssen, das kann aber bei solchen Handlungen nicht vermieden werden, das sehen die guten Landwirte wohl ein. Das könnte man auch in Urloffen aus dem Munde der Güten hören. Wir haben noch viele gute Landwirte, die anders denken als der Kritiker, sonst wäre es noch schlimmer um uns Verdräuer und unser Volk bestellt. Wir sind dem Landwirt für seine Mühen, für seine Arbeit um die Sicherstellung der Ernährung dankbar. Ebenso ungenügend sind wir aber auch über die, die ihrer Pflicht nicht genügen, und da wissen wir uns einig mit den vielen guten Landwirten.

Wir haben diesen offenen und ehelichen Worten nichts hinzuzufügen.

Beratung des Fürsorgegesetzes in dem Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung

Es wurde in die Beratung der §§ 3 und 4 eingetreten. Hierzu wurde von Zentrumskomitee zu § 3 Abs. 1 folgender Antrag gestellt: Die Bürgermeister der mittleren Gemeinden mit mehr als 500 Einwohnern, soweit sie nicht schon nach § 2 Abs. 1 kraft Gesetzes der Rasse angehören, sind berechtigt, ihr freiwillig beizutreten. Sie sind auch in Gemeinden mit geringerer Einwohnerzahl zum freiwilligen Beitritt berechtigt, falls sie

vor dem Eintritt in das Bürgermeisteramt schon der Rasse als Mitglied angehört haben.“ Zu § 4 vor Ziffer 1 als weitere Riffer einzuschalten: Die Bürgermeister der kleinen Gemeinden, sowie die Bürgermeister der mittleren Gemeinden, die nicht nach § 3 Abs. 1 zum freiwilligen Beitritt berechtigt sind. Die beiden Anträge, sowie ein sozialdemokratischer Antrag, der den Einwohnereinsatz für die Bürgermeister zum freiwilligen Beitritt von 400 M auf 1000 M festsetzen will, wurden angenommen. Die §§ 5 und 6 wurden unbedändert angenommen, ebenso der § 7 nach einigen redaktionellen Veränderungen. Die §§ 8 und 9 wurden nach dem Entwurf angenommen. Zu § 10, die Aufhebungsgewährung betr., wurde beschlossen, die Parteizeit zum Empfang eines Aufgebots, die in dem Entwurf auf 10 Jahre festgesetzt ist, auf neun Jahre herabzusetzen.

Als Absatz 4 wurde auf Antrag des Reichsrichters folgende Bestimmung getroffen: Zeitt ein Mitglied vor vollendetem Dienstjahr in den Ruhestand, ohne daß ein Anspruch auf Ruhegehalt besteht, so kann der Verwaltungsrat mit Genehmigung des Ministeriums des Innern eine jederzeit in widerruflicher Weise laufende Unterstützung bis zur Höhe der pensionsberechtigten Pension bei vorbestimmter Bedürftigkeit gewähren. Nach längerer Aussprache erklärte sich der Ausschuss grundsätzlich dafür, daß die Kürzungsentscheide ein Heilversprechen für ihre Mitglieder einleiten kann. Die näheren Bestimmungen werden in einer nächsten Sitzung beraten werden. Der § 11 wird unbedändert angenommen. Der § 12 Abs. 3 erhält nach einem sozialdemokratischen Antrag folgende Fassung: Die in der Eigenschaft eines planmäßigen Beamten im staatlichen oder kommunalen Dienst verbrochene Zeit wird, wenn das Ausschreiben aus dem genannten Dienst unter Gewährung eines Ruhegehalts erfolgt ist, nicht zur Anrechnung gebracht werden.“ Im übrigen wird der § 13 nach einigen unbedingten Änderungen angenommen. Zu § 18 wurde auf Antrag des Reichsrichters folgender Absatz 3 eingefügt: Hatte ein Mitglied früher mindestens 5 Jahre lang ein höheres Dienstverhältnis besessen und Beiträge bezahlt, so kann es verlangen, daß an Stelle der in Absatz 2 angeführten Berechnung dieser höhere Betrag beim Bestimmen seines Ruhegehalts zur Anwendung gelangt. Das Verlangen ist innerhalb 3 Monaten nach dem Eintritt der Verminderung des Dienstverhältnisses dem Verwaltungsrat anzugehen.

Die Sitzung wurde hierauf auf Dienstag vertagt.

In der Enge!

Die „Badische Landeszeitung“ ist durch unser kräftiges Zusprechen in der letzten Woche doch etwas aus dem Gleichgewicht geraten, ansatz auf die Lippen und lauten Fragen klipp und klare Antworten zu geben, versucht sie mit allerhand Nebenartikeln, Ausflüchten und läppischen Bemerkungen sich aus der Verlegenheit zu helfen. Auf die öffentliche Anfrage des Ministers Kammeler hat sie das Blatt einen glatten Mühsal an und verhängte sich — unter das Redaktionsgeheimnis. Wir waren den Standpunkt des Ministers gegenüber dieser jämmerlichen Anweisung am Samstag mitteilt.

Nicht minder lässlich ist das Verhalten des Blattes gegenüber unseren Befreiungen und Fragen bezüglich seines Verhältnisses zur demokratischen Partei und der demokratischen Partei zu ihm. Auch da weicht das Blatt einer lauten Antwort aus. Wir verstehen diese Haltung: Vorerst sind unter dem demokratischen Firmenschild noch bessere Verhältnisse zu machen, also nennt man sich noch demokratisch — wenn auch schwer fällt. Wendet sich die Konjunktur, dann ist es eine Leichtigkeit, unter freudiger Beihilfe des Herrn Ministers a. D. den erstinstanzlichen Anschlag nach rechts zu finden. Mit der Bemerkung, daß weder die Zeitung noch die Partei jemals auf dem Standpunkt gestanden hätten, daß die „Bad. Landeszeitung“ ein einseitiges Parteiorgan sei, glaubt das Blatt, sich salbieren zu können. Trotz dieser Selbstbehauptung läßt das Blatt sich drängen im Lande ruhig gefahren, als Hauptorgan der demokratischen Partei anerkannt zu werden. In seinen Berichtsblättern führt das Blatt ausschließlich die demokratische — mit Ausnahme vielleicht des Herrn Ministers a. D. — Parteiführer als Mitarbeiter an. Die Mitglieder der Redaktion, an der Spitze der Herr „Geh“ sind einseitigere Parteilichkeit der demokratischen Partei. Aber das alles hält das Blatt nicht ab, demokratisch nur nach Bedarf zu sein, im übrigen aber die Regierung, in der die eigenen Parteiangehörigen sitzen, im edlen Verein mit den völkerverfeindlichen und deutschnationalen Wäldern und mit deren Verleumdungsmethoden zu belästigen. Alle Äußerung vor solcher Moral, solcher Parteilichkeit und solcher — Gedächtnisverweigerung!

Abnehmen aber von alledem: Über den Charakter der „Badischen Landeszeitung“ besteht ja nirgends mehr ein Zweifel. Wir haben von dem Blatte auch gar keine Antwort verlangt, sie ist überflüssig. Unsere Fragen waren an die demokratische Partei gerichtet. Und von dort her erwarteten wir eine Antwort und Klarlegung — im Interesse der öffentlichen Meinung.

Zum Steuerabzug. Von der Presseabteilung der badischen Regierung wird uns geschrieben: Es ist bekannt geworden, daß Arbeitgeber die ihren Arbeitnehmern nach den Bestimmungen über den Steuerabzug einzubehaltenden Steuerbeiträge zwar durch Ablesen von Steuermaßen oder durch Ablesung an die zuständigen Steuerrechner entrichten, gleichwohl aber den Arbeitnehmern den Lohn oder Gehalt ungezügelt auszahlen, die abzugebenden Steuerbeiträge also aus eigenen Mitteln besteuern. Diese Übernahme der Steuerabgabe durch die Arbeitgeber ist zu den gewöhnlichen Vorteilen im Sinne von § 9 Ziffer 1 des Reichs-Einkommensteuergesetzes zu rechnen. Die von den Arbeitgebern geleisteten Steuerabgaben gehören daher zum steuerbaren Einkommen der Arbeitnehmer aus Arbeit und sind bei der entsprechenden Veranlagung zur Einkommensteuer der sonst vereinbarten Beträge der Arbeitnehmer zuzuschlagen. Die Arbeitnehmer haben diese Beträge in ihrer Steuererklärung anzugeben; auch die Arbeitgeber haben sie in die Mittelungen aufzunehmen, die sie dem Finanzamt über die Bezüge ihrer Arbeitnehmer zu machen haben werden.

Gemeindepolitik

Die Bürgermeister und die Gemeindeordnung

In einer Versammlung der Bürgermeister des Amtesbezirks Kastatt, bei der fast alle Gemeinden vertreten waren, wurde nach der Begründung des Verreters des Bezirksrates und nachdem Aleserats über das Fürsorgegesetz und die Gemeindeordnung gehalten waren, im Zusammenhang damit auch die Sprache auf die Verhandlungen des Landtagsauschusses für Rechtspflege und Verwaltung über die Gemeindeordnung u. a. g., insbesondere seine Stellungnahme zu dem § 20 des Entwurfs gebracht, der regierungsfest unter Verbehalten der seither schon in Kraft gewesenen Bestimmungen vorseht, daß die Bürgermeister in allen Gemeinden mit Ausnahme der Städte, falls ihnen nicht durch besondere Vereinbarung günstige Bedingungen eingeräumt sind, im Falle der Nichtübernahme eine Entschädigung in Form eines Wartegeldes in Höhe ihrer Jahresbezahlung nach jährlicher Dienstzeit und eines Ruhegehaltes nach 18 und 24jähriger Dienstzeit zu gewähren ist, und einmütig folgende Entschlüsse angenommen: Die Stellungnahme des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung, die in Regierungsentwurf zu § 20 der Gemeindeordnung bisher schon festgelegt gewesenen Rechte der Bürgermeister wesentlich einzuschränken beabsichtigt, trägt den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise Rechnung, wenn es sich dabei nicht ergibt, daß die Bürgermeister auch in den kleinsten Gemeinden die Willensvollstreckung des Staates in weitestem Umfang sind und sie sich, wenn sie dieser Aufgabe voll gerecht

werden, in diesen Fällen mißliebigen machen müssen; aus diesem Grunde aber haben sie das höchste Anrecht darauf, gegenüber falls einen finanziellen Rückhalt in Form der Entschädigung ihrer Versorgungsansprüche durch Festlegung in der Gemeindeordnung zu erhalten. Es darf erwartet werden, daß eine Überlegung der bisherigen Auffassung nach Platz greift zum Wohle nicht allein der in stark exponierter Stellung befindlichen Bürgermeister, sondern auch des Staatsorgans und damit der Allgemeinheit, die den größten Nutzen davon hätte, wenn die Verantwortlichkeit der Bürgermeister nicht wackelnd und gestärkt werden würde.

Weiter ist ihnen aus der gleichen Erkenntnis das Recht zu fließen, wie in dem Entwurf zum Fürsorgegesetz von der Regierung schon vorgesehen, Kraft eigener Entschlüsse, kann freiwillig als Mitglied der Fürsorgekasse mit den Rechten eines Mitglieds beizutreten. Nach unserer Kenntnis wird der Gehalt der Entschädigung einer besonderen Fürsorgekasse zum Wohle der Träger ihrer verantwortlichen Stellung ermögen, die schließlich die gleichen Grundbedürfnisse decken wird.

Die Veranlassung stellt sich im übrigen auf den Boden der Regierungsvorlage im Sinne auf das Fürsorgegesetz, als auch die Gemeindeordnung, allerdings unter Berücksichtigung der zu den beiden Gesetzesentwürfen von den zuständigen Organisationen eingereichten Verbesserungsanträge

Bewerkschaftliches

Latierung im Buchdruckgewerbe

Nach vierwöchigen Latierungshandlungen im deutschen Buchdruckgewerbe ist die Tarifgemeinschaft mit den deutschen Buchdruckern erneuert worden. Ein neuer Tarifvertrag für die Buchdrucker verbunden mit einem Tarifvertrag für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, ist für die Dauer von zwei Jahren zwischen den beiderseitigen Organisationsvertretern zum Abschluß gekommen. Der Tarif muß allerdings noch außer der Tarifgemeinschaft zur Abstimmung vorgelegt werden.

Aus dem Lande

Regierung hilft!

Aus Teutoburg wird uns geschrieben: Bekanntlich hat voriges Jahr im Dezember das Hochwasser beträchtlichen Schaden angerichtet. In unserem Orte waren 17 Wohnhäuser unter Wasser. Ein Jahr zuvor, ebenfalls im Dezember, hatten wir ebenfalls Hochwasser, jedoch erreichte es damals keinen so hohen Stand wie letztes Jahr; es drang nur in einige Wohnhäuser, aus denen es nach 24 Stunden wieder zurückging. Schreiber dieses hatte nun wiederum Wasser in der Wohnung, das letzte Mal stand es 60 Zentimeter hoch, auch im Jahre 1918 hatte die Wohnung zwei Tage lang unter Hochwasser zu leiden. Es läßt sich leicht denken, daß eine Wohnung, die im Winter unter Hochwasser steht, schlecht zu trocknen ist, zumal noch die niedrigen Temperaturen dem Erdboden gleich liegen. Der Fußboden fault unter den Füßen weg. Den anderen Mitbewohnern geht es nicht besser. Die Wände sind, so hoch das Wasser stand, dauernd feucht und die Tapeten faulen. Durch die Feuchtigkeit des Bodens und der Wände haben sämtliche Möbel schweren Schaden gelitten. Es wurde diesen Sommer von der Regierung für die Hochwasserbeschädigten eine Unterstützung bewilligt, für den Keller Bezirk sollen es 65.000 M gewesen sein. Diesen Sommer kam eine Kommission von 5 Mitgliedern, die die beschädigten Wohnungen besichtigte, den Minderbetrag der Wohnungen ausmaß und notierte; aber dabei ist es auch geblieben. Weiter hat man nichts mehr gehört. Vor 4 Wochen ist nun der Vater einer beschädigten Familie an Lungenerkrankung erkrankt. Als der Arzt die Wohnung betrat, war die erste Bemerkung: „Ja, aber hier drin können Sie unmöglich gesund werden.“ Er ließ das Bett des Kranken in die Nähe von zwei Fenstern rücken, um einmischen gute Luft zu erhalten. Schon die Kommission, die den Schaden aufnahm, hat damals auf den gesundheitsförderlichen Aufenthalt in der Wohnung hingewiesen. Nun kommt der Winter, wo die Auslüftung nicht so vornehmlich werden kann wie im Sommer. Wird es draußen kalt, so können die beschädigten Wände voll Wassertröpfchen, wie die Landwirten im Sommer am Grabe. Und da müssen arme Familien wohnen, weil sie nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln ihre Lüne zu verbessern. Ich frage nun: Wo bleibt die von der Regierung bewilligte Unterstützung, um solchen Familien Hilfe zu schaffen? Könnte hier in dieser Not der bürokratische Apparat nicht etwas anderes wie sonst arbeiten? Es wäre dringend nötig und wir bitten unsere Abgeordneten, sich unserer Sache anzunehmen. Der Dank der ganzen Gemeinde wird ihnen gewiß.

Zur Ur...

Die Ur...

Kartoffel...

Die Ur...

Reinigung...

Die Ur...

Wanzenloch, 21. Nov.

Am Freitag nachmittag fand in den Gemeinden Wanzenloch, Friedrichsdorf, Spitz und Neudorf die Verhandlung der bei Wanzenloch aus dem Leben gekommenen 7 Arbeiter statt. In den Trauerfeierlichkeiten hatten die Eisenbahnarbeiterorganisationen und die Vereine Vertretungen entsandt. Ebenso waren die Gemeindevorstände vertreten und in großer Zahl nahm die Einwohnerzahl an den Verhandlungen teil, zu denen auch die Eisenbahnenradikation Vertreter entsandte.

Scheuern.

In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurde im hiesigen Stationsgebäude eingebrochen. Die Werte, welche den Einbrechern in die Hände fiel, ist jedoch gering; es betrug nur einige Mark. In der gleichen Nacht hatten Diebe auch dem Stationsgebäude in Oberstrot einen Besuch ab.

1. Bälletal, 14. Nov.

Der Herr Feldwebellieutenant n. t. Dieser Tage wurde ein Herr J., chemischer Feldwebellieutenant und Fabrikarbeiter aus dem badischen Oberaden, eine Anzahl hiesiger Bürger auf und plauderte ihnen vor, er habe mit dem Gemeinderat Heller für 180.000 M Tabak auf dem Lande gekauft und beabsichtige nach mehr zu kaufen. Dieser sei ihm das Geld knapp geworden; er bitte die Bürger, ihm auszuweichen. Auf diese Art und Weise gelang es dem Herrn, von mehreren Bürgern größere Beträge zu bekommen. Nach ein „militärischem Brauch“ wurde ein Teil des Geldes auch gleich in den Wirtschaften in Alkohol umgewandelt. — Es muß jedoch festgestellt werden, daß Gemeinderat Heller mit dem Herrn nicht das geringste zu tun hat, daß er keinerlei Verbindungen mit ihm oder gemeindefremdlich mit ihm gemacht hat. Den Herringschleusen sei aber empfohlen, wenn sie überflüssiges Geld zu Hause haben, dies gut und besser zu spenden, z. B. dem hiesigen Spital- und Armenamt zuzuwenden. Der Dank der Gemeinden wird ihnen gewiß sein.

Eisenbahn-Unfall.

Von der Presseabteilung der Bad. Regierung wird mitgeteilt: Samstag vormittag 4 Uhr überfuhr der Zug 883 das Einfahrsignal der Station Hirschhorn (Eisenbahn-Württemberg) und stieß auf den Schluß des in dem Bahnhofs stehenden Güterzuges 6707 auf, wobei zwei Wagen zertrümmert wurden. Personen sind nicht verletzt worden. Der durchgehende Verkehr ist nicht gesperrt. Untersuchung ist eingeleitet.

Schwere Unfälle. Auf der Station Hirschhorn geriet der 30 Jahre alte Briefträger Schmiebele aus Widensohl unter die Räder des nach fahrenden Zuges, wobei ihm beide Beine abgefahren wurden. In Freiburg, wohin er im Auto verbracht wurde, ist der Unglückliche dann verstorben. — Reichlin war der Grund zu einem tödlichen Unfall, dem der Fabrikarbeiter aus Hirschhorn bei Ettenheim zum Opfer fiel. Am Samstag wurde auf ihn geschossen, wobei der Arbeiter Isolino und Weiger tödlich getötet wurde.

Badische Politik

Die Bauernrevolte in Urloffen

Neben dem „Acker- und Wälderboten“ findet noch ein weiteres Zentrumskomitee den Mut, das Verhalten der Bauern von Urloffen zu entschuldigen. Karer Papi vertritt in der „Clara bürger Zeitung“ seine Bauern in Schutz zu nehmen; nach seiner Darstellung sind die revolutionären Landwirte unschuldige Lämmer, die nur das Opfer von Wäldereien und Verhörungen geworden seien. Es werde wohl wenig Gemeinden geben, so meint Herr Papi, wo so viel Unrecht, Gemüht und alle Autorität untergraben würde wie in Urloffen. Auch die Agitation des neuen Bauernverbandes (Richtung Loberer) trage einen großen Teil der Schuld. Dazu käme das böse Beispiel der Nachbargemeinden des Danauer Landes. Urloffen bilde die Durchgangsstation so vieler Schmuggler und Schleichhändler in das Danauer Land und aus dem Danauer Land. Schließlich wird den amtlichen Stellen der Vorwurf gemacht, daß sie nicht einmal persönlich in Urloffen erschienen wären, um dort auf die Stimmung einzuwirken. Es dürfe auch nicht vergessen werden, daß die Gemeinde Urloffen sehr schwer unter der Maul- und Klauenseuche zu leiden hätte.

Bewerkschaftliches

Latierung im Buchdruckgewerbe

Nach vierwöchigen Latierungshandlungen im deutschen Buchdruckgewerbe ist die Tarifgemeinschaft mit den deutschen Buchdruckern erneuert worden. Ein neuer Tarifvertrag für die Buchdrucker verbunden mit einem Tarifvertrag für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, ist für die Dauer von zwei Jahren zwischen den beiderseitigen Organisationsvertretern zum Abschluß gekommen. Der Tarif muß allerdings noch außer der Tarifgemeinschaft zur Abstimmung vorgelegt werden.

Aus dem Lande

Regierung hilft!

Aus Teutoburg wird uns geschrieben: Bekanntlich hat voriges Jahr im Dezember das Hochwasser beträchtlichen Schaden angerichtet. In unserem Orte waren 17 Wohnhäuser unter Wasser. Ein Jahr zuvor, ebenfalls im Dezember, hatten wir ebenfalls Hochwasser, jedoch erreichte es damals keinen so hohen Stand wie letztes Jahr; es drang nur in einige Wohnhäuser, aus denen es nach 24 Stunden wieder zurückging. Schreiber dieses hatte nun wiederum Wasser in der Wohnung, das letzte Mal stand es 60 Zentimeter hoch, auch im Jahre 1918 hatte die Wohnung zwei Tage lang unter Hochwasser zu leiden. Es läßt sich leicht denken, daß eine Wohnung, die im Winter unter Hochwasser steht, schlecht zu trocknen ist, zumal noch die niedrigen Temperaturen dem Erdboden gleich liegen. Der Fußboden fault unter den Füßen weg. Den anderen Mitbewohnern geht es nicht besser. Die Wände sind, so hoch das Wasser stand, dauernd feucht und die Tapeten faulen. Durch die Feuchtigkeit des Bodens und der Wände haben sämtliche Möbel schweren Schaden gelitten. Es wurde diesen Sommer von der Regierung für die Hochwasserbeschädigten eine Unterstützung bewilligt, für den Keller Bezirk sollen es 65.000 M gewesen sein. Diesen Sommer kam eine Kommission von 5 Mitgliedern, die die beschädigten Wohnungen besichtigte, den Minderbetrag der Wohnungen ausmaß und notierte; aber dabei ist es auch geblieben. Weiter hat man nichts mehr gehört. Vor 4 Wochen ist nun der Vater einer beschädigten Familie an Lungenerkrankung erkrankt. Als der Arzt die Wohnung betrat, war die erste Bemerkung: „Ja, aber hier drin können Sie unmöglich gesund werden.“ Er ließ das Bett des Kranken in die Nähe von zwei Fenstern rücken, um einmischen gute Luft zu erhalten. Schon die Kommission, die den Schaden aufnahm, hat damals auf den gesundheitsförderlichen Aufenthalt in der Wohnung hingewiesen. Nun kommt der Winter, wo die Auslüftung nicht so vornehmlich werden kann wie im Sommer. Wird es draußen kalt, so können die beschädigten Wände voll Wassertröpfchen, wie die Landwirten im Sommer am Grabe. Und da müssen arme Familien wohnen, weil sie nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln ihre Lüne zu verbessern. Ich frage nun: Wo bleibt die von der Regierung bewilligte Unterstützung, um solchen Familien Hilfe zu schaffen? Könnte hier in dieser Not der bürokratische Apparat nicht etwas anderes wie sonst arbeiten? Es wäre dringend nötig und wir bitten unsere Abgeordneten, sich unserer Sache anzunehmen. Der Dank der ganzen Gemeinde wird ihnen gewiß.

Zur Ur...

Kartoffel...

Die Ur...

Reinigung...

Die Ur...

Wanzenloch, 21. Nov.

Am Freitag nachmittag fand in den Gemeinden Wanzenloch, Friedrichsdorf, Spitz und Neudorf die Verhandlung der bei Wanzenloch aus dem Leben gekommenen 7 Arbeiter statt. In den Trauerfeierlichkeiten hatten die Eisenbahnarbeiterorganisationen und die Vereine Vertretungen entsandt. Ebenso waren die Gemeindevorstände vertreten und in großer Zahl nahm die Einwohnerzahl an den Verhandlungen teil, zu denen auch die Eisenbahnenradikation Vertreter entsandte.

Scheuern.

In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurde im hiesigen Stationsgebäude eingebrochen. Die Werte, welche den Einbrechern in die Hände fiel, ist jedoch gering; es betrug nur einige Mark. In der gleichen Nacht hatten Diebe auch dem Stationsgebäude in Oberstrot einen Besuch ab.

1. Bälletal, 14. Nov.

Der Herr Feldwebellieutenant n. t. Dieser Tage wurde ein Herr J., chemischer Feldwebellieutenant und Fabrikarbeiter aus dem badischen Oberaden, eine Anzahl hiesiger Bürger auf und plauderte ihnen vor, er habe mit dem Gemeinderat Heller für 180.000 M Tabak auf dem Lande gekauft und beabsichtige nach mehr zu kaufen. Dieser sei ihm das Geld knapp geworden; er bitte die Bürger, ihm auszuweichen. Auf diese Art und Weise gelang es dem Herrn, von mehreren Bürgern größere Beträge zu bekommen. Nach ein „militärischem Brauch“ wurde ein Teil des Geldes auch gleich in den Wirtschaften in Alkohol umgewandelt. — Es muß jedoch festgestellt werden, daß Gemeinderat Heller mit dem Herrn nicht das geringste zu tun hat, daß er keinerlei Verbindungen mit ihm oder gemeindefremdlich mit ihm gemacht hat. Den Herringschleusen sei aber empfohlen, wenn sie überflüssiges Geld zu Hause haben, dies gut und besser zu spenden, z. B. dem hiesigen Spital- und Armenamt zuzuwenden. Der Dank der Gemeinden wird ihnen gewiß sein.

Eisenbahn-Unfall.

Von der Presseabteilung der Bad. Regierung wird mitgeteilt: Samstag vormittag 4 Uhr überfuhr der Zug 883 das Einfahrsignal der Station Hirschhorn (Eisenbahn-Württemberg) und stieß auf den Schluß des in dem Bahnhofs stehenden Güterzuges 6707 auf, wobei zwei Wagen zertrümmert wurden. Personen sind nicht verletzt worden. Der durchgehende Verkehr ist nicht gesperrt. Untersuchung ist eingeleitet.

Schwere Unfälle.

Auf der Station Hirschhorn geriet der 30 Jahre alte Briefträger Schmiebele aus Widensohl unter die Räder des nach fahrenden Zuges, wobei ihm beide Beine abgefahren wurden. In Freiburg, wohin er im Auto verbracht wurde, ist der Unglückliche dann verstorben. — Reichlin war der Grund zu einem tödlichen Unfall, dem der Fabrikarbeiter aus Hirschhorn bei Ettenheim zum Opfer fiel. Am Samstag wurde auf ihn geschossen, wobei der Arbeiter Isolino und Weiger tödlich getötet wurde.

• Vom Postzug Frankfurt-Ehras. Wie der „Köln.“ und „Westerbote“ berichtet, mußte am 19. ds. Mts. das Postzugpaar, das von Ehras kam, wegen dicker Nebels und infolge Benzinmangels hier gegen ein Uhr mittags eine Notlandung vornehmen. Nach mit viel Glück ging die Landung am Dierweiser Weg, nicht weit vom Bahndorfer, vor sich und zwar in den dort befindlichen Gräben hinein. Um wenige Zentimeter wäre das Flugzeug in den Räumen gescheitert.

Aus der Stadt

• Karlsruhe, 22. November.

Karlsruher Parteinachrichten

Sozialdemokr. Bürgerausschüsse. Morgen Dienstag abend 7 Uhr im kleinen Rathhaussaal Fraktions-Sitzung. Das Erscheinen aller Fraktionsmitglieder ist Pflicht!

Bezirk Ruppurr. Am Mittwoch abend punkt 8 Uhr spricht Oberbürgermeister im „Ruppurrer Bösen“ über unser Gagaroprogramm. Wenn unsere Bildungsveranstaltungen einen Sinn haben sollen, dann müssen sich aber auch alle Mitglieder an einen regelmäßigen Versammlungsbesuch gewöhnen. Es gibt welche, die lassen sich nicht sehen! Man muß sich fragen, ob die auch mit ganzem Herzen bei unserer Sache sind! Mit Donnerstimme sei diesen Gleichgültigen zugerufen: Wacht auf, ihr habt lange genug geschlafen!

Konferenz sozialistischer Baubetriebe

Am Samstag nachmittag und gestern Sonntag tagte im „Auerhahn“ die erste Konferenz der Vertreter sozialistischer Baubetriebe aus Baden, Rheinpfalz, Saargebiet und Westfalen. Die Konferenz war aus allen Bezirken gut besucht.

Kollege Hörter-Karlsruhe begrüßte die Erschienenen aufs herzlichste und wies auf die Bedeutung der Tagung in kurzen Worten hin. Zu Leitern der Versammlung wurden die Kollegen Fischer-Karlsruhe und L. u. H. Schützler bestimmt. Kollege Hörter hielt sodann ein instruktives Referat über die Gründung, den Aufbau und den Stand der Bauorganisation im Bezirk Karlsruhe. Kollege Fischer verbreitete sich hierauf über die Aufbringung, Vergütung und Rückzahlung der Darlehen. An beide Vorträge schloß sich eine lebhafte Aussprache an, in der insbesondere über den Stand der einzelnen Bauorganisationen berichtet wurde. Die Tagung am Sonntag war hauptsächlich einem Referat von Walter Wagner-Vierlin über „Die Überwindung des Verbandes sozialer Baubetriebe und der Kinnonierung desselben“ gewidmet, das eine Fülle von wertvollen Anregungen enthielt. Am folgte eine ausgiebige Aussprache mit produktivem Inhalt.

Die Tagung nahm einen überaus guten Verlauf, sie beendete eine weitere Etappe zur Sozialisierung des Baugewerbes und zeigte aufs deutlichste, wie die Sozialisierung von unten her zu bewerkstelligen und gefördert werden kann, ohne daß man alles auf den „oben“ erwartet. Auch in dieser Beziehung erweisen sich unsere „Männer vom Bau“ in Wirklichkeit als solche des produktiven, praktischen Aufbaues. Wir werden morgen über den Verlauf der Konferenz ausführlich berichten.

Zur Urabstimmung im Metallarbeiter-Verband

Die Urabstimmung für die Beitragserhöhung bezugl. Erhöhung der Streikunterstützung hat bis Samstag in der Karlsruher Verwaltungsstelle folgendes Resultat gesetzt: abgegebene Stimmen: 11818, für die Beitragserhöhung stimmten 8178, gegen dieselbe 3642, ungültig waren 198 Stimmen.

Aus der letzten Stadtsitzung

Karlsruher Bürgerausschüsse. Das Bürgermeisteramt ersucht um, daß in der hiesigen Gemeinde ein Wagon Karstoffien für unternehmende Familien der Stadt Karlsruhe zum Preis von 20 M. der Zentner gesammelt werden sollen. Der Gemeinde-Ersatz wird für ihr nachahmenswertes Vorgehen herzlich dank ausgesprochen.

Frauenarbeitsstätte. Um dem Bad. Frauenverein die Weiterführung der Frauenarbeitsstätte mit Seminar zur Ausbildung von Fortbildungsschülerinnen zu ermöglichen, beschloß der Stadtrat, zur teilweisen Deckung des Fehlbeitrags für das Jahr 1920/21 einen südlichen Zuschuß bis zum Höchstbetrag von 15 000 M. zu leisten und diesen Betrag noch in den Gemeindevoranschlag für 1920/21 einzustellen.

Kleingärten. Der Stadtrat nimmt Kenntnis davon, daß das Bürgermeisteramt es für den Ausbau des Kleingartenwesens für zweckdienlich hält, die Gartenpächter zu einer Rechtspersönlichkeit aufzumengen und dieser Vereinigung das gesamte für Kleingärten geeignete Gelände nachweislich zu übertragen mit der Auflage, es an die Beteiligten abzugeben und die Verwaltung zu übernehmen. Der Stadtrat billigt dieses Vorgehen.

Mittelverforgung. Beim Bürgerausschuß wird die Zustimmung zur Gewährung eines weiteren Darlehens von 100 000 M. an den Bad. Bauverb. (Wöbel-Abteilung) beantragt.

• Zwierkei Was? Daß die Schulen angehalten werden, Arbeit und Freizeit zu trennen, ist bei unserer wirtschaftlichen Lage selbstverständlich. Dies scheint uns aber nur für gewisse Kreise bestimmt zu sein, wie aus einem Auszug einer Aufsichtsbearbeitung zu ersehen ist. Dort wird unter dem Titel „D.V.P., Jugendgruppe“ zu einem Vortrag von Herrn Döhlhauer in der Hochschule eingeladen und zugleich zu einem zweiten Vortrag in der Festungschule, abends 8 Uhr, über „Sozialdemokratie“. Daß letztere keine Stätte, die republikanischen Geistes ist, braucht hier nicht besonders registriert zu werden. Daß man dieselbe auf der anderen Seite in den Abendstunden als Berufsstätte auf dem Gebiete der Hege gegen die Sozialdemokratie benutzt, ist mindestens für eine Schule nicht am Platze, zumal man anderen Korporationen und Parteien solche Räumlichkeiten mit Rücksicht auf Hebung und Licht in den Abendstunden versagt hat. Die Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei hat scheint mehr Rechte wie andere Leute. Was sagt der Schulvorstand und das Volksschulrat hierzu?

• Auf unerklärliche Weise verschwunden ist seit 8 Tagen der Postbote Herr G. Rothardt der Duderer J. J. Reich hier. Derselbe war am vorletzten Sonntag, also gestern vor 8 Tagen, nach in Friedrichs Weinstube, ging da mit einigen Bekannten weg und ist seit der Zeit nicht nach Hause zurückgekehrt. Der Betroffene war ein ruhiger solider Mann und lebt in geordneten Verhältnissen, weshalb man sich dessen Verschwinden nicht erklären kann. Die Polizei ist eifrig mit Recherchen beschäftigt.

• Bei den hiesigen Postanstalten (einschließlich Karlsruhe-Wahlburg) wird vom 1. Dezember ab der Schluß der Schalterstunden auf 6 Uhr nachmittags festgesetzt.

• Gebensteins-Entwässerung. Eine kleine jährliche Feier veranstaltete der Karlsruher Fußballverein am Sonntag nachmittag auf seinem Sportplatz zu Ehren seiner dem Weltkrieges von Opfer gefallenen Mitglieder. Inmitten eines kleinen Heims der Gebensteinsinnig aufgestellt, der im Namen des Altpräsidenten von Herrn S. über dem Verein übergeben wurde. Mit Worten des Dankes nahm Herr Krauß ebenfalls in die Lobes des Vereins. Zwei himmelsvolle Chöre einer Abteilung des Gesangsvereins „Konordia“ eröffneten und beschlossen die Feier.

• Deutscher Metallarbeiter-Verband — Branche der Anstrichmaler, Orthopäde, Metalliker und Benageligen. Diese Gruppe hat es sich zur Aufgabe gemacht, während der

Winterszeit ihre Versammlungen mit belehrenden Vorträgen abzuhalten. Die erste dieser Versammlungen tagte am Donnerstag abend im Lokal „Wacht am Rhein“. In freundlicher Weise hat sich Herr Obersekretär Murrmann von Oberberichterungsamt zur Verfügung gestellt und den Zuhörern in recht anschaulicher Weise die Entstehung und das Wesen der Sozialgesetzgebung vor Augen geführt. In der Einleitung machte er die Anwesenden vor allem mit dem ungeheuren Umfang dieser Gesetzgebung bekannt, um dann zu zeigen, daß es für den einzelnen Arbeiter notwendig ist, doch er sich zunächst mit Kranken- und Unfallversicherung vertraut machen muß. Gerade die letztere erfordert große Sachkenntnis in Bezug auf den sogenannten Anfallentzogen. Der Referent verstand es, durch praktische Beispiele zu zeigen, in welcher Weise der zwar etwas umständliche Apparat funktioniert, bis ein Unfallbeschädigter zu seinem Recht kommt. Die Versammelten, deren Zahl hätte größer sein dürfen, dankten dem Redner für seine mehr als einstufigen Ausführungen durch lebhaften Beifall.

• S. Badischer Verein für Geflügelzucht. Am 27. und 28. November veranstaltet in der Stadthallen Ausstellung der Verein für Geflügelzucht eine Geflügelausstellung, die erste wieder seit 7 Jahren und dürfte dieselbe gewiß einem großen Interesse begegnen. Die Ausstellungsleitung liegt in den bewährten Händen des 2. Vorsitzenden des Vereins, Herrn Gutsverwalter Langenstien, dem noch ein Stab von Mitarbeiter zur Verfügung steht. Bei der großen Mitgliederzahl des Vereins wird es an einer reichhaltigen Beschickung der Veranstaltung nicht fehlen.

• Ein „liebenwürdiger“ Hausbesitzer. Zu unserer Kritik über das rigorese Verhalten des Herrn W. n. n. in Karlsruhe gegenüber einem Mieter schickte uns der Angegriffene eine lange Erklärung, in welcher er die Gründe zu seinem Vorgehen darzulegen versucht. Er schreibt u. a.: „Meine Wohnung besteht nur aus einem Zimmer ohne Ofen und einer schmalen Waschküche als Küche, wo ich mit meiner Frau und einem Entleind trotz meines leidenden Zustandes zu wohnen gezwungen bin. Die schlimmsten Erfahrungen, die meine Familie letzten Winter in dieser Wohnung erfahren mußte, also bittere Not, haben dazu geführt, daß ich dem Mieter auf 1. Okt. kündigte. Aus Woll darüber, daß der Mieter sich nicht anständig, auf 1. Oktober ausziehen und zu mir auch kein Wort sagte, ließ ich mich zu der Maßnahme des Zurechnungens hinreißen.“

• Stenographenverein Gabelberger. Nach vierjähriger durch den Krieg bedingter Unterbrechung hat der Bezirk III des Bad. Stenographenverbandes am 14. Nov. einen Bezirksstag in Karlsruhe abhalten können. Morgens um 10 Uhr fanden sich gegen 200 Teilnehmer in der Stadt. Handelsschule ein. Das Besondere zeigte sehr erfreuliche Resultate. Es wurden Preise erteilt u. a. bis 80 Silben 15. 240 Silben 4. 280 Silben 1. zweiter usw. Der Vortragspreis kam nach Pforzheim. Bei der Vertreterwahl waren 9 Bezirksvereine mit 650 Mitgliedern vertreten. Aus den Berichten war zu ersehen, daß trotz vieler Schwierigkeiten die volle Arbeit von den Vereinen wieder aufgenommen wurde. Zum Vorsitzenden des Bezirksverbandes wurde Herr Obersekretär L. A. B. einstimmig wieder gewählt. Der nächste Bezirksstag soll im Oktober 1921 in Bruchsal stattfinden.

• Polizeibericht vom 22. Nov. In der Zeit von Anfang September bis Ende Oktober 1920 wurden durch die hiesigen Gerichte 64 Personen wegen Verstoßes, verbotenen Handels, sowie wegen Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften der Straf-, Kleinfeld- und Mißverforgung und Schwarzschändens teils mit Geld bis zu 2000 M., teils mit Gefängnis bis zu 8 Tagen rechtskräftig bestraft. — Reizebrakt wurden die vor einigen Wochen einem Steuerverwalter auf der Straße stift gehalten 8 Koffer mit Gold- und Silberwaren im Wert von ca. 350 000 M. In Ansehung einer Durchsuchung in einer Wirtschaft der Mittelstadt, die durch Beamte der Fahndungsabteilung vorgenommen wurde, wurden die Koffer angebrochen und leer neben den auf Sägmehl ausgeschütteten Schmudwaren in einem sonst unbenutzten Kellerraum aufgefunden.

• Colosseum. Die rheinische Burlesken-Gesellschaft wird als letztes Stück ihres hiesigen Gastspiels am heute Montag 22. Nov., „Die blonde Wöbel vom Lindenhof“ zur Aufführung bringen. Es ist dies ein preisgekrönter Schwan in 3 Akten, welcher in Berlin im Lustspielhaus über 350 Aufführungen hatte. Die Vorstellungen beginnen der frühen Polizeistunde wegen punkt 8 Uhr.

Soziale Rundschau

Die Lage des Arbeitsmarktes

In der Woche vom 11. bis 17. November ist keine wesentliche Änderung in der Arbeitsmarktlage eingetreten. Während in einzelnen Städten die Unterbringung der Erwerbslosen günstige Fortschritt aufweist, muß in anderen so auch in Karlsruhe, immer noch mit Betriebsbeschränkungen gerechnet werden. Der Stand der Erwerbslosen in Baden ist heute 8129 Männer und 156 Frauen, die Zahl der Kurzarbeiter 1410 Männer und 287 Frauen. Daß die Zahl der weiblichen Arbeitslosen im Jurisdiktionsbereich ist, muß wohl damit in Verbindung gebracht werden, daß diese, wenn möglich, auf häusliche Dienste bezogen werden; außerdem ist in letzter Zeit eine stärkere Nachfrage nach Arbeiterinnen eingetreten.

Jugend und Sport

Der Sport am gestrigen Sonntag

Arbeiter-Turn- und Sportbund

Am gestrigen Sonntag begannen die Retourspiele und zeigten folgende Resultate:

• Klasse A. Freie Turnerschaft Karlsruhe — Arbeiter-Sportverein Karlsruhe: 1. Mannschaften 2:1, 2. Mannschaften 3:1, 3. Mannschaften 1:2, 4. Mannschaften 1:3; „Wahlfrei“ Göttingen — Arbeiterturnverein Turnesheim: 1. Mannsch. 1:3 (abgebrochen), 2. Mannsch. 0:1; Dagsfeld I — Stein I 1:1; Freie Turnerschaft Pforzheim — Turnverein Aue: 1. Mannsch. 2:0, 2. Mannsch. 1:3.

• Klasse B. Arb.-Turnverein Ruppurr I — Freie Turnerschaft Unterweiskheim I 5:0.

• Freie Turnerschaft Karlsruhe I — Arbeiter-Sportverein Karlsruhe I 2:1 (Halbspiel). Mit Anstoß von H. Sp. B. legten beide Parteien gleich ein hartes Tempo ins Feld. Spiel ist ziemlich ausgeglichen. In der 22. Minute durch eigenen Durchbruch des Mittelstürmers von Turnesheim 1:1. In Führung. 5 Minuten später durch plötzlichen Schuß von Hermann konnte H. Sp. B. zum zweiten Male einfinden. Nach halbtägiger Pause geht es dem Ende zu. 7 Minuten vor Schluß konnte sich H. Sp. B. durch den Mittelstürmer Dolgmaier ihr Extempore sichern. Der Schiedsrichter Maßlad von Grödingen warnte mit größter Nachsicht seines Amtes. —

Weitere Sportveranstaltungen

• Altpolitik. Während H. Sp. B. gegen H. Sp. B. Karlsruhe das letzte Spiel der Vorrunde austragen, das mit 3:0 für H. Sp. B. endete, begannen die übrigen Vereine die Schlußrunde. Sonntag — H. Sp. B. Mühlburg 4:1, Rajenpfeiler Pforzheim — H. Sp. B. Pforzheim 0:5, H. Sp. Freiburg — Weierheim 4:1.

• Frankonia — Weingarten 4:0. Obige Gegner trafen sich am gestrigen Sonntage auf dem Plage des H. C. Weingarten im Vereinsstadion. Vom Anstoß weg ist Frankonia sichtlich überlegen. Über die zahlreiche energische Kämpfe ist hier vorläufig keine Erwähnung zu machen. In der 24. Min. ein Verteidiger W. in der Rot im Strafraum Hände macht. Der gegebene Strafstoß wird glatt verwandelt. Aus einem weiteren Strafstoß, wegen Hände, 2. Tor für Frankonia. In der 37. Minute schon getretener Schuß, vom Mittelstürmer H. durch Kopfball verwandelt. Raufe 3:0. Nach der Raufe daselbst H. H. schießt in der 66. Minute noch ein Tor und scheidet sich mit diesem Resultat zufrieden zu geben, denn das vorher starke Tempo läuft nun merklich ab. Frankonia im ganzen gut. Bei Weingarten ist hauptsächlich der Torwächter hervorzuheben, der, sehr gut spielend, seine Mannschaft vor einer höheren Niederlage bewahrt. Seitenverhältnis 16:2 für Frankonia. Frankonia — Weingarten: 2. Mannsch. 6:0, 3. Mannsch. 4:0, 4. Mannsch. 1:0.

Kleine Nachrichten

• Mainz, 21. Nov. Wegen des Vorfalls in Oberingelheim, wo nach einem Landbergmühen ein junges Mädchen aus Frankfurt a. M. durch Schüsse getötet worden war, wurde durch Kriegsgericht der französische Korporal, der die Veranlassung zum Tode gegeben hatte, zu einem Jahr Gefängnis und 200 Franken Geldstrafe verurteilt. Die anderen vier Angeklagten Soldaten wurden freigesprochen.

• Berlin. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, ist der Arbeiter Friedrich Lober, der nach dem Rapp-Bußsch am 19. März verhaftet wurde, den Generaldirektor Holz der Ammendorfer Papierfabrik A. G. in Halle zu töten, vom Halleischen Schwurgericht wegen verurteilter vorsätzlicher Tötung zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Letzte Nachrichten

Blutige Kämpfe in Ud

• Ud, 20. Nov. Vorgestern wurde das hiesige Kaiser-Notizdenkmal von Tscheken umgestürzt. Bei dem Kampfe um das Denkmal kam es zu blutigen Zusammenstößen mit Legionären, die von der Schutzwaffe Gebrauch machten. Eine Person wurde getötet (eine spätere Meldung spricht von drei Toten), amputiert wurden Personen wurden verletzt, unter ihnen viele schwer. Nach Informationen der „Korobni Rist“ wurde von beiden Seiten geschossen. Zunächst wurden ein Toter und zwanzig Verletzte gezählt. Gestern vormittag starben zwei schwerverwundete Personen. Das Denkmal wurde von der Bevölkerung, die noch in der Nacht alarmiert worden war, wieder aufgestellt.

Ein Zwischenfall in Guxhagen

• Guxhagen, 22. Nov. Hier kam es zu einem Zwischenfall zwischen Mannschaften der hiesigen Garnison und Mitglieder der Guxhagener Orientkommission. Bei der Feststellung von Waffenbeständen in der Garnison bestand die Kommission darauf, auch in den Kammern der Mannschaften nach Waffen zu suchen. Die dadurch gereizten Mannschaften ließen sich zu Verletzungen der Mitglieder der Orientkommission hinreißen. Auch der Kraftwagen der Kommission wurde beschädigt. An Verletzung der Kommission befindliche deutsche Hebermarkungs-offiziere suchten nach Möglichkeit die deutschen Mannschaften zu beruhigen, konnten jedoch nicht alle Kundgebungen verhindern. (Solche Ungehörigkeiten unserer Soldatenkader sollte mit aller Schärfe entgegengetreten werden, denn das deutsche Volk hat keine Lust, dafür durch neue Schwierigkeiten zu büßen. D. Red.)

Zur Lage in Griechenland

• Paris, 20. Nov. Eine vom französischen Botschafter in London gestern dem englischen Auswärtigen Amt überreichte Note der französischen Regierung schlägt folgende Haltung der Alliierten gegenüber Griechenland vor: Sollte König Konstantin zurückkehren, so würden die Alliierten gezwungen sein, die bisherige freundschaftlichen Beziehungen zu Griechenland abzubrechen. Dagegen würden die Alliierten die Übertragung der Krone auf den Prinzen Georg begrüßen, wenn andererseits auch in diesem Falle gewisse Garantien zu geben wären.

• Athen, 20. Nov. (Sabas.) Die neu gewählte Kammer ist gestern zusammengetreten, um der Königinmutter Olga den Treueid zu leisten.

• Brinn, 22. Nov. Der griechische Ministerpräsident Kallias erklärte dem Sonderberichterstatter des „Corriere de la Sera“: es sei gewiß, daß König Konstantin zurückkehren werde. Der Befehlshaber der griechischen Truppen in Kleinasien erließ einen Tagesbefehl, in dem er zum Gehorsam gegen die neue Regierung aufforderte.

Valuta-Bericht vom 20. November

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 8.60. Auszahlung Holland notierte etwa 22.60 M. per hll. Auszahlung Schweiz notierte etwa 11.60 M. per schw. Fr. Auszahlung England notierte etwa 258 M. per hll. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte etwa 4.48 M. per fr. Fr. Auszahlung Neuchâtel 73 1/2 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 22. November 1920

Unter dem Einfluß des kräftigen Hochdruckgebietes, das ganz Europa umfaßt, dauert das trockene, vielfach wolkenlose Wetter weiter an. Im ganzen Festlandsgebiet liegen die Temperaturen während der Nacht um mehrere Grade unter Null; in den der Wärmeausstrahlung besonders ausgeföhnten Lagen sind bis zu 12 Grad Kälte beobachtet worden. Da die Druckverteilung eine wesentliche Änderung nicht erfahren wird, bleibt der Bitterungscharakter auch weiterhin bestehen. Voraussichtliche Bitterung bis Dienstag den 23. Nov., nachts: Fortwährend heiter, trocken, rau, Nachtfröst.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

• Eheaufgebote. Josef Höhn von Mannheim, Hobhauztechniker hier, mit Frieda Weiß von Eppingen. August Schmitz von Erier, Schmitzler hier, mit Anna Bernard, geb. Thom, von Erier. Dr. Ing. Wilhelm Meyer von Holz, Chemiker in Dersfeld, mit Elsa Raier von Kenzingen. Friedrich Raab von hier, Schloffer hier, mit Katharina Dammig von hier. Karl Dentes von hier, Kaufmann hier, mit Emma Walter von hier. Johann Groß von hier, Hobhauztechniker hier, mit Luise Müller von Dierkenloch. Leopold Koch von hier, Schloffer hier, mit Maria Stiemle von Oberlauchingen. Wilhelm Leicht von hier, Zeichner hier, mit Erna Dentes von Altenstet. Karl Metzger von Leutkircheneut, Schloffer alda, mit Bertha Dähg von Epphart. Wilhelm Weber von hier, Eisenbrecher hier, mit Friederike Roggenmaier von Weiskheim. Friedrich Reinfried von hier, Buchbruder hier, mit Bertha Koblbecker von hier.

• Todesfälle. Johann Dauber, Chemann, Tagelöhner, alt 61 J. Rudolf Schänthal, ledig, Tagelöhner, alt 20 Jahre. Maria Siegler, alt 82 Jahre, Ehefrau von Benno Siegler, Opernsänger. Aug. Giesinger, Chemann, Eisenbrecher alt 88 Jahre.

